



# **D Motionen und Postulate**



# Motionen und Postulate

## Staatskanzlei

### Motion

1. Marianne Kneubühler und Mit. über eine Erhöhung der Entschädigungen für Grossrätiinnen und Grossräte. (Nr. 813). Eröffnet 21.1.03, erh. 1.4.03  
Mit Botschaft B 30 vom 4. November 2003 haben wir Ihnen eine Erhöhung der Grossratsentschädigungen beantragt. Sie haben dem Antrag am 19. Januar 2004 zugesimmt. Wir beantragen, die Motion **abzuschreiben**.

### Postulate

1. Hans Peter Pfister und Mit. über Qualitätssicherung und -entwicklung in der Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen (Nr. 549). Eröffnet 20.11.01, erh. 21.1.03  
(in Verbindung mit dem Justiz- und Sicherheitsdepartement)  
Die Staatskanzlei ist daran, zusammen mit der Konferenz der Departementssekretäre einen Kriterienkatalog für die Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen zu erarbeiten. Dabei soll auch die Begleitgruppe NPM Ihres Rates konsultiert werden.
2. Odilo Abgottspion und Mit. über die Überprüfung des Berichtswesens der Dienststellen und öffentlichen Institutionen im Kanton Luzern (Nr. 569). Eröffnet 22.1.02, erh. 1.4.03  
Im Februar 2003 haben wir die Staatskanzlei beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Drucksachen- und Materialzentrale (DMZ) und mit der Finanzkontrolle die Druckerzeugnisse der kantonalen Dienststellen zu sammeln und zu bewerten. Dabei hat sich ergeben, dass sich durch eine zentrale Koordination des staatlichen Publikationswesens (Druck, Grafik, Formate, Versand) wesentliche Einsparungen erzielen lassen. Wir haben daher im August 2003 angeordnet, dass künftig alle Grafik- und Druckaufträge der kantonalen Verwaltung ausschliesslich über die DMZ abzuwickeln sind. Dadurch können schätzungsweise jährlich 500 000 Franken eingespart werden. Wir beantragen, das Postulat **abzuschreiben**.

Die nachfolgenden Motionen und Postulate sind nach der neuen Departementsstruktur (5 Departemente) gegliedert. Die hängigen Motionen und Postulate wurden Mitte Jahr 2003 den neu strukturierten Departementen zugewiesen.

## Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

### Motionen

1. Erwin Bachmann und Mit. über ein sofortiges Planauflageverfahren für einen Autobahnanschluss N 14 in Buchrain (Nr. 413). Eröffnet 9.3.81, teilw. erh. 20.10.81  
Das Bundesamt für Strassen (ASTRA) hatte uns im November 2000 den Auftrag zur Ausarbeitung des generellen Projektes für den Anschluss Buchrain erteilt. Im Juni 2003 verlangte das ASTRA in seiner technischen Stellungnahme zum generellen Projekt die Teilung des Projekts in ein Nationalstrassenprojekt «Anschluss Buchrain» und in ein kantonales Projekt «Zubringer Rontal». Aus Sicht des Bundes ist die Kantonsstrasse K 65 Inwil-Buchrain die nächste leistungsfähige Strasse. Daraus folgt er, dass nur das Anschlussbauwerk ins Nationalstrassenprogramm gehört. Das öffentliche Mitwirkungsverfahren für den Anschluss Buchrain fand im Dezember 2003 statt. Im März

2004 wird das generelle Projekt «Anschluss Buchrain» dem Bundesrat zur Genehmigung eingereicht. Wir rechnen Anfang 2005 mit der Genehmigung durch den Bundesrat. Danach werden wir die Auflageprojekte ausarbeiten und den «Anschluss Buchrain» zusammen mit dem «Zubringer Rontal» öffentlich auflegen. Der Baubeginn ist für 2007 und die Inbetriebnahme für 2010 geplant.

2. *Klaus Wermelinger* und Mit. über die Teilrevision des Kantonalen Landwirtschaftsgesetzes (Nr. 383). Eröffnet 8. 5. 01, erh. 11. 9. 01

Der Bundesrat hat auf den 1.1.2004 die in den Eidg. Räten beschlossenen Änderungen im Eidg. Landwirtschaftsgesetz sowie Änderungen in 42 Verordnungen in Kraft gesetzt. Das kantonale Recht muss aus diesem Grund angepasst und mit der Agrarpolitik 2007 koordiniert werden. Wir werden diese Gesetzesrevision an die Hand nehmen, sobald alle diese Auswirkungen des übergeordneten Rechts bekannt sind.

## **Postulate**

1. *Joseph Hardegger* und Mit. über die verkehrsmässige Entlastung des Rontales (Nr. 220). Eröffnet 4. 3. 80, erh. 20.10.81

Wir verweisen auf die Ausführungen zur Motion Erwin Bachmann und Mit. (Nr. 413).

2. *Manfred Aregger* namens der Kommission zur Vorberatung der Bauprogramme 1982–1985 für die Kantons- und die Gemeindestrassen über einen Vollanschluss an die Nationalstrasse N 14 in Buchrain mit Tunnel Rontal–Reusstal (Nr. 579). Eröffnet 6. 4. 82, erh. 17. 5. 82

Wir verweisen auf die Ausführungen zur Motion Erwin Bachmann und Mit. (Nr. 413).

3. *Erwin Bachmann* (Emmen) und Mit. über einen Vollanschluss an die Nationalstrasse N 14 in Buchrain mit Tunnel Rontal–Reusstal (Nr. 582). Eröffnet 6. 4. 82, erh. 17. 5. 82

Wir verweisen auf die Ausführungen zur Motion Erwin Bachmann und Mit. (Nr. 413).

4. *Hans Stettler* und Mit. über den Autobahnanschluss A 14 Buchrain (Nr. 285). Eröffnet 28.1.97, teilw. erh. 13. 5. 97

Wir verweisen auf die Ausführungen zur Motion Erwin Bachmann und Mit. (Nr. 413).

5. *Marcel Roth* und Mit. über eine effizientere Abwicklung im Kantonsstrassenbau (Nr. 556). Eröffnet als Motion 29. 6. 98, erh. als Postulat 22. 3. 99

Sie haben mit der Änderung des Strassengesetzes wesentliche Vereinfachungen beschlossen. Die Gesetzesrevision tritt am 1. August 2004 in Kraft. Das Postulat ist erfüllt und **abzuschreiben**.

6. *Christoph Lengwiler* und Mit. über die Einführung eines Höchstanteils an nicht erneuerbaren Energien für Neubauten (Nr. 666). Eröffnet als Motion 23. 3. 99, teilw. erh. als Postulat 9. 5. 2000

Die Verordnung über den Wärmeschutz werden wir an die heute anerkannten Standards (SIA-Norm 380/1) anpassen. Diese Arbeiten sind in Vorbereitung.

7. *Hans Peter Pfister* und Mit. über die Auflösung der kantonalen Bodenrechtskommision (Nr. 92). Eröffnet als Motion 18.1.2000, erh. als Postulat 9. 5. 2000

Sie haben am 19. Januar 2004 den Gesetzesänderungen über die Neuordnung der Zuständigkeiten in den Bereichen Bau, Umwelt und Wirtschaft und die umfassende Einführung der Verfahrenskonzentration bei Bewilligungsverfahren für Bauten und Anlagen zugestimmt. Dabei haben Sie die kantonale Bodenrechtskommission aufgehoben und deren Aufgabenbereich der Dienststelle Landwirtschaft und Wald zugeordnet. Das Postulat ist erfüllt und **abzuschreiben**.

8. *Louis Schelbert* und Mit. über die Neuregelung der Kompetenzen im öffentlichen Verkehr (Nr. 165). Eröffnet als Motion 4. 7. 2000, erh. als Postulat 24.10.2000

Mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben (NFA), der Bahnreform 2 und dem Agglomerationsprogramm des Bundes werden sich neue Erkenntnisse im Sinn des Postulats ergeben. Wir werden die erforderlichen Gesetzesänderungen rechtzeitig an die Hand nehmen.

9. *Heinz Dätwyler* und Mit. über die schrittweise Verwirklichung der S-Bahn Zentral schweiz (Nr. 171). Eröffnet 4. 7. 2000, erh. 24.10.2000

Wir verweisen auf den Planungsbericht über die S-Bahn Luzern vom 9. Dezember 2003. Das Postulat ist **abzuschreiben**.

10. *Rico De Bona* und Mit. über die Aufnahme einer Haltestelle «Ruopigen» (Littau/Reussbühl) im Konzept der S-Bahn Zentralschweiz (Nr. 184). Eröffnet 12. 9. 2000, erh. 16. 1. 01

Wir verweisen auf den Planungsbericht über die S-Bahn Luzern vom 9. Dezember 2003. Das Postulat ist **abzuschreiben**.

11. *Pius Höltchi* und Mit. über die Einführung des Halbstundentakts der S-Bahn Zentralschweiz auf dem gesamten Abschnitt Seetalbahn (Nr. 385). Eröffnet 8. 5. 01, erh. 11. 9. 01

Wir werden im Rahmen des Angebotsbeschlusses für das Fahrplanjahr 2005 über entsprechende Angebotsmassnahmen befinden.

12. *Pius Höltchi* und Mit. über die Optimierung des öffentlichen Regionalverkehrs mittels Einführung des Halbstundentakts der Linienbusse als Zubringer an die S-Bahn Seetal (Nr. 386). Eröffnet 8. 5. 01, erh. 11. 9. 01

Wir werden im Rahmen des Angebotsbeschlusses für das Fahrplanjahr 2005 über entsprechende Angebotsmassnahmen befinden.

13. *Räto Camenisch* über die Planung der neuen S-Bahn Luzern (Nr. 403). Eröffnet 25. 6. 01, erh. 11. 9. 01

Wir verweisen auf den Planungsbericht über die S-Bahn Luzern vom 9. Dezember 2003. Das Postulat ist **abzuschreiben**.

14. *Heinz Dätwyler* und Mit. über eine S-Bahn-Erschliessung von Kriens (Nr. 434). Eröffnet als Motion 2. 7. 01, erh. als Postulat 11. 9. 01

Wir verweisen auf den Planungsbericht über die S-Bahn Luzern vom 9. Dezember 2003. Das Postulat ist **abzuschreiben**.

15. *Otto Elmiger* und Mit. über die Änderung von § 11 Absatz 2 des Jagdgesetzes (Nr. 345). Eröffnet als Motion 27. 3. 01, erh. als Postulat 20.11.01

Wir werden das Anliegen bei der nächsten Revision des kantonalen Jagdgesetzes prüfen. Diese Revision werden wir im Rahmen der Überprüfung der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden an die Hand nehmen.

16. *Brigitt Aegger* und Mit. über die Aufhebung der Aufteilung der Jagdpachtzinsen unter den betroffenen Einwohnergemeinden (Nr. 517). Eröffnet 23.10.01, erh. 20.11.01

Wir werden das Anliegen bei der nächsten Revision des kantonalen Jagdgesetzes prüfen. Diese Revision werden wir im Rahmen der Überprüfung der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden an die Hand nehmen.

17. *Heinz Dätwyler* über den «Letter of Understanding» – Der Reuss-Reuss-Tunnel als Alternative zur grossräumigen Umfahrung der Agglomeration Luzern (Nr. 411). Eröffnet 25. 6. 01, erh. 28.1.02

Der Grosse Rat hat am 28. Januar 2002 einer Standesinitiative zur Umfahrung des Raums Luzern für den Nord-Süd-Verkehr zugestimmt. Das Anliegen der Standesinitiative ist in den beiden Eidgenössischen Räten als Postulat überwiesen worden. Im Vernehmlassungsentwurf Konzeptteil Sachplan Strasse vom September 2002 ist die Autobahn A 2 in der Agglomeration Luzern als Kapazitätsengpass im Problempunkt aufgeführt. Wir haben eine Machbarkeitsprüfung für einen kurzen Bypass Luzern erarbeitet und dem Bundesamt für Strassen unterbreitet. Wir wollen für die Autobahn A 2 im Bereich der Agglomeration Luzern ein Gesamtpaket realisieren, das die Aspekte Leistungssteigerung, Erneuerung und Sicherheit umfasst. Das Postulat ist erfüllt und **abzuschreiben**.

18. *Heinz Dätwyler* und Mit. über die Schaffung und Äufnung eines Fonds für Grossprojekte gemäss § 20 öVG (Nr. 518). Eröffnet 23.10.01, erh. 28.1.02

Wir haben im Planungsbericht über die S-Bahn Luzern unsere Vorstellungen zur Finanzierung dieses Grossprojekts im öffentlichen Verkehrswesen formuliert. Wir werden die erforderlichen Gesetzesänderungen nach der Behandlung des Planungsberichtes in Ihrem Rat an die Hand nehmen.

19. *Rico De Bona* und Mit. über die Finanzierung einer S-Bahn (Nr. 521). Eröffnet 19.11.01, erh. 28.1.02

Wir haben im Planungsbericht über die S-Bahn Luzern unsere Vorstellungen zur zukünftigen Finanzierung des öffentlichen Verkehrs formuliert.

20. *Adrian Borgula* und Mit. über eine schnellere Planung und Realisierung des S-Bahn-Projekts im Raum Luzern Süd (Nr. 547). Eröffnet 20.11.01, teilw. erh. 28.1.02

Wir haben im Planungsbericht über die S-Bahn Luzern den Terminplan für die Realisierung der S-Bahn dargestellt und begründet. Das Postulat ist **abzuschreiben**.

21. *Josef Renggli* und Mit. über die Änderung der Verordnung zum eidgenössischen Raumplanungsgesetz (Nr. 481). Eröffnet 11.9.01, erh. 28.1.02

Am 1.7.2003 trat die in der Antwort erwähnte Revision der Raumplanungsverordnung in Kraft. Mit dieser Verordnungsänderung (Art. 42a RPV, Ausführungsbestimmungen zu Art. 24d Abs. 1 RPG) wird dem Anliegen Rechnung getragen. Das Postulat ist erfüllt und **abzuschreiben**.

22. *Guerino Riva* und Mit. über die Optimierung des Lärmschutzprojekts «Silentio» im Bereich Bramberg/St. Karli (Nr. 531). Eröffnet als Motion 20.11.01, erh. als Postulat 5.3.02

Über Massnahmen auf Nationalstrassen entscheidet der Bund. Die Planung wird in Koordination mit dem Erhaltungsabschnitt Lochhof–Grosshof erfolgen.

23. *Hans Peter Pfister* und Mit. über den kreativen Spielraum in der Richtplanung (Nr. 550). Eröffnet 20.11.01, erh. 23.4.02

Wir wenden die Vorgaben des kantonalen Richtplans im Rahmen unseres Auftrags laufend an und schöpfen dabei unseren gesetzlichen Spielraum aus. Das Postulat ist erfüllt und **abzuschreiben**.

24. *Albert Vitali* und Mit. über die Reformorientierung des Richtplans 98 (Nr. 571). Eröffnet 22.1.02, erh. 27.5.02

Wir werden über den Stand des Richtplans im Verlauf des Jahres 2004 Bericht erstatten. Sofern sich daraus Anpassungsbedarf für den Richtplan 98 ergibt, werden wir Ihrem Rat eine entsprechende Vorlage zuleiten.

25. *Louis Schelbert* und Mit. über den Vollzug der flankierenden Massnahmen (Nr. 578). Eröffnet 28.1.02, erh. 1.7.02 (in Verbindung mit dem Finanzdepartement)

Wir haben eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern der kantonalen Verwaltung, der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, mit der Ausarbeitung eines kantonalen Einführungserlasses zum Entsendegesetz beauftragt. In diesem Erlass werden die Zuständigkeiten und das Verfahren im Zusammenhang mit den Kontrollen von Betrieben sowie die Aufgaben der tripartiten Kommission geregelt. Für die Wahl der tripartiten Kommission stehen wir in engem Kontakt mit den Sozialpartnern. Die Verordnung wird rechtzeitig in Kraft treten. Das Postulat ist erfüllt und **abzuschreiben**.

26. *Vreni Grüter* und Mit. über den Leistungsauftrag für die Fachstelle für Wirtschaftsförderung des Kantons Luzern (Nr. 595). Eröffnet als Motion 5.3.02, erh. als Postulat 1.7.02

Das von der Dienststelle Raumentwicklung, Wirtschaftsförderung und Geoinformation (rawi) Ende 2003 erarbeitete Wirtschaftsförderungskonzept legt die Kernaufgaben und Leistungsaufträge für den Bereich kantonale Wirtschaftsförderung fest. Das Postulat ist erfüllt und **abzuschreiben**.

27. *Josef Fischer* und Mit. über die Finanzierung der Strassenrechnung (Nr. 601). Eröffnet 5.3.02, erh. 9.9.02 (in Verbindung mit dem Finanzdepartement)

Der Finanzplan 2002–2006 vom 21. August 2001 (B 102) sieht ab 2006 einen Überschuss der Strassenrechnung und damit den Abbau der Strassenbauschuld vor. Nach der Ablehnung des Gegenvorschlags zur Avanti-Initiative sind auf Bundesebene neue Überlegungen zur Finanzierung des Agglomerationsverkehrs zu machen. Auf Kantonebene sind zudem unter anderem mit der Gemeindereform 2000+ und der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden mehrere Projekte in Planung, mit denen die Verkehrsfinanzierung grundlegend überprüft wird.

28. *Adrian Borgula* und Mit. über die Sicherung gefährlicher Zebrastreifen (Nr. 621). Eröffnet 23.4.02, erh. 10.9.02

In einer ersten Phase wurden die Strassenbeleuchtung, die Sichtweiten, der Verlauf der Strassenräder sowie die Einbaumöglichkeit von Schutzzinseln bei allen bestehenden Zebrastreifen überprüft und Empfehlungen zur Erhöhung der Sicherheit abgeleitet. Diese Phase ist abgeschlossen. In der zweiten Phase werden alle in der ersten Phase als problematisch bezeichneten Übergänge anhand eines Kriterienkataloges nochmals überprüft und konkrete Vorschläge für kleinräumige Verschiebungen, bauliche Verbes-

serungen usw. erarbeitet. Diese Phase wird in diesem Jahr abgeschlossen werden. Die Resultate werden anschliessend mit den Gemeinden besprochen. Das Postulat ist erfüllt und **abzuschreiben**.

29. *Ida Glanzmann* und Mit. über die Erstellung von Lärmschutzmassnahmen im Bereich der A 2 auf den Gemeindegebieten von Dagmersellen, Uffikon und Buchs (Nr. 688). Eröffnet als Motion 25. 6. 02, erh. als Postulat 25.11.02

Der Bund entscheidet über Massnahmen auf Nationalstrassen. Massnahmen zwischen Uffikon und Sursee sind im Mehrjahresprogramm für Nationalstrassen in den Jahren 2009–2010 enthalten. Das Postulat ist erfüllt und **abzuschreiben**.

30. *Heinz Dätwyler* und Mit. über den Abbau der aufgelaufenen Strassenbauschuld gemäss bestehender Sonderfinanzierung (Nr. 710). Eröffnet 9. 9. 02, erh. 25.11.02

Wir verweisen auf die Ausführungen zu Postulat Josef Fischer und Mit. (Nr. 601).

31. *Erwin Dahinden* über Folgeschäden rund um den Transitgasleitungsbau im Kanton Luzern (Nr. 753). Eröffnet 28.10.02, teilw. erh. 21.1.03

Wie wir Ihnen in unserer Stellungnahme zum Postulat ausgeführt haben, muss sich die Aufgabe der öffentlichen Hand darauf beschränken, die Schadenersatzforderungen zu unterstützen, soweit auch öffentliche Interessen tangiert sind. Der Kanton Luzern hat mit der Transitgas AG eine pauschale Abgeltung der Schäden, die infolge Mehrbeanspruchung an Güterstrassen entstanden sind, ausgehandelt. Das Geld ist in einem Fonds angelegt und wird von den Gemeinden bei kommenden Strassensanierungen eingesetzt. Das Postulat ist **abzuschreiben**.

32. *Konrad Graber* und Mit. über Energiesparmassnahmen (Nr. 604). Eröffnet 5. 3. 02, erh. 17. 2. 03

Durch das kantonale Förderprogramm Energie wurden mit seinen derzeitigen Förderbereichen seit 2001 Energie-Einsparungen von über 1200 Millionen Tonnen Heizöläquivalenten bewirkt. Dadurch wurde ein Investitionsvolumen von rund 52 Millionen Franken ausgelöst. Das Postulat ist **abzuschreiben**.

33. *Pia Maria Brugger* und Mit. über die Finanzierung des gesamten Agglomerationsverkehrs (Nr. 769). Eröffnet als Motion 29.10.02, erh. als Postulat 1. 4. 03

Wir verweisen auf die Ausführungen zum Postulat Heinz Dätwyler und Mit. (Nr. 518).

34. *Karl M. Ronner* und Mit. über Massnahmen betreffend Schliessungen von Emmentaler-Käsereien im Kanton Luzern (Nr. 801). Eröffnet 20.1.03, erh. 23. 6. 03

Der Kanton hat verschiedene Massnahmen getroffen (Ausbau der Käsereiberatung bei den LBBZ, Finanzberatung durch Kreditkasse, Mithilfe bei der Lösungsfindung bei Lehrlingen, deren Lehrbetrieb geschlossen wurde, usw.), um den Schaden in der Landwirtschaft möglichst klein zu halten. Alle betroffenen Lehrlinge konnten beziehungsweise können ihre Berufsausbildung vollenden. Das Postulat ist **abzuschreiben**.

35. *Leo Müller* und Mit. über die Emmentaler-Käsereien (Nr. 803). Eröffnet 20.1.03, teilw. erh. 23. 6. 03

Mit allen Genossenschaften, die per 1. Mai 2003 keinen Käsekaufvertrag mehr abschliessen konnten, wurde bezüglich erhaltener Subventionen, Investitionskredite und kantonaler Kredite eine allseits zufrieden stellende Lösung gefunden. Im Übrigen verweisen wir auf unsere Ausführungen zu Postulat Karl M. Ronner und Mit. (Nr. 801). Das Postulat ist **abzuschreiben**.

36. *Hanspeter Bucher* und Mit. über Massnahmen in Sachen Radonbelastung im Kanton Luzern (Nr. 861). Eröffnet 31.3.03, erh. 23. 6. 03

Die Öffentlichkeit wurde am 29. Oktober 2003 über die Medien informiert. Die Betroffenen erhielten die Informationen einige Tage vor den Medien mit persönlichem Schreiben. Das Postulat ist erfüllt und **abzuschreiben**.

37. *Anton Huber* und Mit. über die Überprüfung der Fussgängerstreifen in der Nähe von Kreiseln (Nr. 875). Eröffnet 1. 4. 03, erh. 23. 6. 03 (in Verbindung mit dem Justiz- und Sicherheitsdepartement)

Wir haben im Hinblick auf das Gefährdungspotenzial im Strassenbereich insbesondere auch die Kreisel überprüft. Dabei zeigte sich, dass keine zusätzlichen Massnahmen erforderlich sind. Diese Überprüfungen sind Daueraufträge und werden weitergeführt. Das Postulat ist erfüllt und **abzuschreiben**.

38. *Adrian Borgula* und Mit. über die Reduktion des Kohlendioxidausstosses im Kanton Luzern (Nr. 847). Eröffnet 17.2.03, teilw. erh. 24.6.03

Im Rahmen von verschiedenen Projekten und Massnahmenprogrammen (Programm «Energie und Umwelt», Internationales Klimaprojekt «Baby-Taxi in Dhaka») werden mit vertretbaren Kosten CO<sub>2</sub>-Einsparungen in der angestrebten Grössenordnung angestrebt. Anstelle von langwierigen Grundlagenrehebungen wird der Nachweis durch Schätzungen und Plausibilitätsüberlegungen zu erbringen sein. Es handelt sich um einen Dauerauftrag. Das Postulat ist **abzuschreiben**.

39. *Karl M. Ronner* und Mit. über die Sanierung der Sendeanlage Beromünster (Nr. 857). Eröffnet als Motion 31.3.03, erh. als Postulat 24.6.03

Die Dienststelle Umwelt und Energie hat am 7. Januar 2004 das Gesuch der SRG SSR idée suisse und der Swisscom Broadcast AG um eine Ausnahmebewilligung abgewiesen. Die Frist für die Sanierung des Mittelwellensenders Beromünster wurde auf den 31. Dezember 2008 festgelegt. Die SRG SSR idée suisse hat den Entscheid gegen eine Ausnahmebewilligung für die Sanierung des Mittelwellensenders Beromünster akzeptiert und keinen Rekurs eingereicht. Das Postulat ist erfüllt und **abzuschreiben**.

40. *Erna Müller* und Mit. über die Sicherung der Sanierungspflicht des Landessenders Beromünster (Nr. 858). Eröffnet 31.3.03, erh. 24.6.03

Wir verweisen auf die Ausführungen zu Postulat Nr. 857 von Karl M. Ronner und Mit. Das Postulat ist erfüllt und **abzuschreiben**.

41. *Erwin Dahinden* und Mit. über die Borkenkäferplage im Biosphärenreservat (Nr. 48). Eröffnet 8.9.03, erh. 9.9.03

Die Folgen des trockenen Sommers 2003 auf die Waldungen im ganzen Kanton und die damit verbundene Entwicklung des Borkenkäferbefalls insbesondere im Entlebuch werden intensiv überwacht. Waldeigentümerinnen und -eigentümer werden durch die Forstorgane laufend beraten. Zur Erhaltung der Schutzwirkung gegen Steinschlag, Schneegleiten, Lawinen und Rüfen werden die Nutzungsbewilligungen für geschädigte Wälder mit sichernden Auflagen versehen. Die Naturgefahrsituation wird laufend beobachtet, die Anstrengungen in der Öffentlichkeitsarbeit (Information Gemeinden, Bevölkerung, Tourismus usw.) werden verstärkt. Das Postulat ist **abzuschreiben**.

42. *Karl M. Ronner* über Wasserentnahmen aus öffentlichen Gewässern zu Bewässerungszwecken in der Landwirtschaft (Nr. 38). Eröffnet 8.9.03, erh. 28.10.03

In der Trockenperiode im Sommer 2003 wurde angesichts der Ausnahmesituation eine vereinfachte und unbürokratische Bewilligungspraxis für Wasserentnahmen aus öffentlichen Gewässern angewandt. Die Dienststelle Umwelt und Energie wird in vergleichbaren Ausnahmesituationen diese Bewilligungspraxis wieder so handhaben. Optimiert wird das rechtliche Gehör bei mündlicher Ablehnung des Gesuches. Das Postulat ist erfüllt und **abzuschreiben**.

43. *Louis Schelbert* namens der GB-Fraktion über eine Betriebszentrale der SBB in Luzern (Nr. 20). Eröffnet 23.6.03, erh. 25.11.03

Wir haben der SBB-Geschäftsleitung unmittelbar nach bekannt werden der Pläne bezüglich künftiger Betriebszentrale in einem Schreiben auf die schwerwiegenden Folgen für den Standort Luzern aufmerksam gemacht und die überwiegenden Vorteile des Standorts Luzern gegenüber der vorgeschlagenen Zentrale in Olten aufgezeigt. In der Zwischenzeit ergaben Gespräche mit dem Vorsitzenden der SBB-Geschäftsleitung, dass das Projekt noch nicht entscheidungsreif ist. Wir werden uns deshalb weiter deziert für den Standort Luzern einsetzen.

## Bildungs- und Kulturdepartement

### Motionen

1. *Erna Müller* und Mit. über die Integration neuer Technologien bei der Informationsbeschaffung (Nr. 159). Eröffnet 4.7.2000, erh. 12.9.2000

Den überarbeiteten Planungsbericht zum Computereinsatz in den Schulen werden wir gemeinsam mit dem Planungsbericht zur Schulentwicklung nach 2005 im ersten Halbjahr 2004 Ihrem Rat zustellen.

2. *Konrad Vogel* und Mit. über die «Renaissance» des Lehrerberufs (Nr. 263). Eröffnet 21.11.2000, erh. 3.7.01

Den Planungsbericht zu dieser Thematik werden wir gemeinsam mit dem Planungsbericht zur Schulentwicklung nach 2005 im ersten Halbjahr 2004 Ihrem Rat zustellen.

3. *Louis Schelbert* und Mit. über den Einbezug des Grossen Rates in der (Vor-)Schulfrage «Basisstufe» (Nr. 477). Eröffnet 11.9.01, erh. 2.7.02

Der Planungsbericht zur Schulentwicklung nach 2005, den wir nach Abschluss des Vorhabens «Schule in Diskussion» erstellt haben, beinhaltet auch die Darstellung der Basisstufe.

## **Postulate**

1. *Heidi Rothen* über die Schaffung einer kantonalen Jugendkonferenz (Nr. 738). Eröffnet 25.10.94, erh. 30.1.96

Das Konzept für eine Fachstelle für Partizipation liegt vor. Offen ist zurzeit noch die Finanzierung des Projekts.

2. *Ruth Keller* und Mit. über die Förderung von unterstützenden Tagesstrukturen für Familien mit Kindern in der Volksschule (Nr. 209). Eröffnet 23.10.2000, erh. 13.2.01

Die Thematik wurde im Vorhaben «Schule in Diskussion» breit diskutiert. Entsprechende Konsequenzen werden im Planungsbericht zur Schulentwicklung nach 2005 dargestellt.

3. *Margrit Hurschler* und Mit. über die Erweiterung der Kompetenz in deutscher Sprache an der Volksschule (Nr. 310). Eröffnet 13.2.01, erh. 2.7.01

Im Planungsbericht zur Schulentwicklung nach 2005 werden entsprechende Massnahmen zur Förderung der Kompetenz in deutscher Sprache aufgeführt.

4. *Hans Ulrich Bühler* und Mit. über die Beurteilung der Schüler mit Noten (Nr. 170). Eröffnet als Motion 4.7.2000, erh. als Postulat 11.9.01

Die Thematik wurde im Vorhaben «Schule in Diskussion» breit diskutiert. Daraus resultiert ein Lösungsvorschlag, der im Planungsbericht zur Schulentwicklung nach 2005 dargestellt wird.

5. *Ruth Keller* und Mit. über die Einführung von GBF [«Ganzheitlich beurteilen und fordern»] an der 1.–3. Klasse und Noten ab der 4. Klasse der Primarschule (Nr. 414). Eröffnet als Motion 26.6.01, erh. als Postulat 11.9.01

Die Thematik wurde im Vorhaben «Schule in Diskussion» breit diskutiert. Daraus resultiert ein Lösungsvorschlag, der im Planungsbericht zur Schulentwicklung nach 2005 dargestellt wird.

6. *Ida Glanzmann* und Mit. über die Errichtung eines Instituts für Judikative an der Universität Luzern (Nr. 463). Eröffnet 10.9.01, erh. 22.1.02

Eine von der Rechtsfakultät gebildete Projektorganisation gab Ende 2002 extern eine Machbarkeitsstudie in Auftrag. Der im Sommer 2003 vorgelegte erste Teil der Studie belegte den Bedarf für ein solches Institut, wies zugleich jedoch aus, dass die Rechtsfakultät zurzeit nicht genügend personelle und finanzielle Kapazitäten besitzt, um im Alleingang ein solches Institut zu errichten. Während in einem zweiten Teil der Machbarkeitsstudie ein inhaltliches Konzept und Überlegungen zur Trägerschaft und juristischen Form des Instituts erarbeitet werden, setzt die Rechtsfakultät parallel auf praktische Schritte wie die Kooperation mit dem Competence Center Forensik und Wirtschaftskriminalistik an der HSW sowie einzelne Angebote (Kurse und Tagungen) aus dem Tätigkeitsgebiet eines späteren Instituts.

7. *Margrit Hurschler* und Mit. über eine Neukonzeption der Diplommittelschule (DMS) (Nr. 373). Eröffnet 8.5.01, erh. 5.3.02.

Die Neukonzeption der Diplommittelschulen liegt vor. Sie werden sich zu Fachmittelschulen entwickeln. Die Standortentscheide sind gefällt, und der Start der neuen Lehrgänge erfolgt mit Ausnahme des Profils Musik auf Schuljahr 2004/05. Wir beantragen, das Postulat **abzuschreiben**.

8. *Margrit Steinhäuser* und Mit. über einen Planungsbericht betreffend Kunstbestand des Kantons (Nr. 423). Eröffnet als Motion 2.7.01, erh. als Postulat 27.5.02.

Durch die laufende Neu-Inventarisierung mit geeignetem EDV-Programm, die Überblicksausstellung zu den Kunstanträufen der letzten 10 Jahre im Kunstpanorama Luzern

sowie durch die Neukonzipierung der Ankaufstätigkeit wird auch den Anliegen der Postulantin entsprochen. Wir beantragen, das Postulat **abzuschreiben**.

*9. Heidi Rothen und Mit.* über ein Konzept zur Museumsförderung im Kanton Luzern (Nr. 478). Eröffnet 11. 9. 01, erh. 27. 5. 02.

Im Rahmen der laufenden Arbeiten zur Gemeindereform 2000+ betreffend Aufgabenteilung Kultur wurden Vorschläge für die Zuständigkeiten zwischen Kanton und Gemeinden in der Museumsförderung in der entsprechenden Projektorganisation Kanton/Gemeinden erarbeitet. Gleichzeitig wurden auch durch eine umfassende Datenerhebung bei den Museen und Sammlungen im Kanton wichtige aktuelle Grundlagen für ein neues Konzept zur Museumsförderung geschaffen. Dieses soll Ende 2004 vorliegen. Wir beantragen, das Postulat **abzuschreiben**.

*10. Ruth Keller und Mit.* über die Elternmitwirkung an der Volksschule (Nr. 511). Eröffnet als Motion 23. 10. 01, teilw. erh. als Postulat 2. 7. 02

Das Anliegen des Postulats wird bei der geplanten Teilrevision des Gesetzes über die Volksschulbildung im Anschluss an eine umfassende Evaluation einbezogen.

*11. Beat Felder und Mit.* über die Erstellung eines Katasters für schützenswerte Objekte (Nr. 724). Eröffnet 9. 9. 02, erh. 10. 9. 02

Der Pilotversuch zur Einrichtung eines Bauinventars ist inzwischen abgeschlossen. Gestützt auf die Ergebnisse wird im Lauf des Jahres 2004 Ihrem Rat ein Antrag auf die flächendeckende Einführung des Inventars vorgelegt werden.

*12. Beat Ineichen und Mit.* über die zukünftige Kostentragung für weiterführende Schulen nach der ordentlichen Schulpflicht (Nr. 507). Eröffnet 23. 10. 01, erh. 21. 1. 03

Es ist vorgesehen, die Finanzierung der betroffenen Schultypen im neuen Gesetz über die Berufs- und Weiterbildung neu zu regeln. Das Gesetz wird im Lauf des Jahres 2004 Ihrem Rat vorgelegt werden, sodass es auf Beginn des Schuljahres 2005/2006 in Kraft treten könnte. Nach einer Übergangsfrist könnte die neue Finanzierung auf das Schuljahr 2007/2008 wirksam werden.

*13. Rosa Rumi und Mit.* über die konsequente Umsetzung der Wochenstundentafel im Fach Hauswirtschaft (Nr. 768). Eröffnet 29. 10. 02, erh. 27. 1. 03

Die neue Wochenstundentafel für die Sekundarstufe I ist mit Beginn des laufenden Schuljahres vollständig umgesetzt worden. Damit sind auch die aufgrund der unterschiedlichen Stundendotationen in der alten und neuen Stundentafel in verschiedenen Gemeinden entstandenen Engpässe bei den Hauswirtschaftsräumen weitgehend behoben. Wir beantragen, das Postulat **abzuschreiben**.

*14. Guido Graf und Mit.* über die Weiterführung des Mädcheninternats Marienburg Wikon (Nr. 818). Eröffnet 27. 1. 03, erh. 17. 2. 03

Wir haben uns für die Weiterführung des Mädcheninstituts Marienburg in Wikon intensiv eingesetzt. Trotzdem hat die Schwesterngemeinschaft dessen Schliessung auf Ende des Schuljahres 2002/03 beschlossen. Wir beantragen, das Postulat **abzuschreiben**.

*15. Pia Maria Brugger und Mit.* über eine sofortige Intervention des Regierungsrates beim Bund/Bundesrat über das Verkehrshaus der Schweiz (Nr. 835). Eröffnet 17. 2. 03, erh. 17. 2. 03

*16. Louis Schelbert* namens der GB-Fraktion über eine Standesinitiative zum Leistungsauftrag des Verkehrshauses (Nr. 838). Eröffnet als Motion 17. 2. 03, erh. als Postulat 17. 2. 03

Beide Vorstösse entstanden in der Folge der Ankündigung des Bundesrates, im Rahmen seiner Sparpläne einen Verzicht auf die Weiterführung der Verkehrshaus-Unterstützung in Aussicht zu nehmen. In der Folge hat der Regierungsrat in enger Zusammenarbeit mit der Verkehrshaus-Leitung beim Bundesrat interveniert und erreicht, dass über die Weiterführung des Subventions- und Leistungsvertrages von Bund, Kanton und Stadt Luzern mit dem Verkehrshaus der Schweiz konstruktiv verhandelt werden konnte. Inzwischen haben alle Vertragspartner der Verlängerung dieses Vertragswerks für die Jahre 2004 bis 2007 zugestimmt. Die beiden Postulate können **abgeschrieben** werden.

*17. Konrad Vogel und Mit.* über die Behebung der prekären Schulraumsituation im Bereich Sekundarstufe II sowie der Pädagogischen Hochschule im Raum Luzern und Agglomeration (Nr. 660). Eröffnet als Motion 28. 5. 02, erh. als Postulat 1. 4. 03

Der Regierungsrat erteilte dem Bildungs- und Kulturdepartement den Auftrag zur Überprüfung des Gymnasialangebots. Das externe Gutachten wird im Juli 2004 vorliegen und als Grundlage für einen Regierungsentscheid dienen. Gleichzeitig wird die Ar-

beitsgruppe Stadt/Kanton «Strategische Raumplanung» ihre Empfehlungen im Frühjahr 2004 vorlegen, in denen sie sowohl die Hochschul- wie die Mittelschulplanung berücksichtigt.

18. *Karl M. Ronner* über die Kosten für den Volksschulunterricht zulasten der Erziehungsberechtigten (Nr. 758). Eröffnet als Motion 28.10.02, erh. als Postulat 1.4.03

Das Amt für Volksschulbildung hat ein entsprechendes Merkblatt zusammengestellt. Nach Besprechung mit dem Verband Luzerner Gemeinden werden wir dieses Merkblatt allen Schulen zukommen lassen. Wir beantragen, das Postulat **abzuschreiben**.

19. *Walter Stucki* und Mit. über die Revision des Gesetzes über den Schutz der Kulturdenkmäler (Nr. 770). Eröffnet als Motion 29.10.02, teilw. erh. als Postulat 1.4.03 (in Verbindung mit dem Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement)

In Verbindung mit dem im Lauf des Jahres 2004 zu stellenden Antrag an Ihren Rat, ein flächendeckendes Bauinventar über schützenswerte Objekte einzurichten, wird auch eine Teilrevision des Gesetzes über den Schutz der Kulturdenkmäler notwendig, die Ihrem Rat gleichzeitig vorgelegt werden wird.

20. *Margrit Steinhäuser* und Mit. über Lese- und Schreibkurse für Deutsch sprechende Erwachsene (Nr. 757). Eröffnet 28.10.02, teilw. erh. 23.6.03.

Eine Ausweitung des Kursangebots des Vereins «Lesen und Schreiben für Erwachsene» wurde geprüft. Ergebnis: nicht notwendig, da keine Wartelisten vorhanden. Ein «Runder Tisch» zur Bekämpfung des Illettrismus wurde einberufen. Ein kantonales Konzept wird bis Mai 2004 erarbeitet.

21. *Louis Schelbert* und Mit. über das Beheben von Benachteiligungen bei der nachobligatorischen Ausbildung (Nr. 791). Eröffnet 26.11.02, erh. 23.6.03.

Bestehende Massnahmen wurden weitergeführt. Zusätzliche Empfehlungen der EDK werden schrittweise umgesetzt. Aufrufe zur Gleichbehandlung ausländischer Jugendlicher bei der Lehrstellenvergabe sind erfolgt.

22. *Ruth Fuchs* und Mit. über den modularartigen Unterricht in der Berufsbildung, speziell im Bereich der Berufsmaturität (Nr. 842). Eröffnet 17.2.03, erh. 23.6.03.

Der Auftrag, die Modularisierung beim Vollzeitmodell und beim berufsbegleitenden Modell auf das Schuljahr 2005/06 hin zu realisieren, wurde via Berufsmaturitätskommission an die Schulen erteilt.

23. *Ernst Blaser* und Mit. über die Entlastung der Lehrbetriebe im Rahmen des neuen kantonalen Gesetzes über die Berufs- und Erwachsenenbildung (Nr. 843). Eröffnet: 17.2.03, erh. 23.6.03.

Die Aufhebung der Schulgeldbeiträge der Lehrbetriebe wurde im Rahmen der Erarbeitung des kantonalen Gesetzes über die Berufs- und Weiterbildung eingehend geprüft, aus finanziellen Gründen (rund 3 Mio. Franken Einnahmen-Ausfall) jedoch wieder verworfen.

24. *Fredy Zwimpfer* und Mit. über eine Ergänzung des Planungs- und Baugesetzes (Nr. 762). Eröffnet als Motion 29.10.02, erh. als Postulat 23.6.03 (in Verbindung mit dem Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement)

In Verbindung mit dem im Laufe des Jahres 2004 zu stellenden Antrag an Ihren Rat, ein flächendeckendes Bauinventar über schützenswerte Objekte einzurichten, werden Ihrem Rat auch zugleich die notwendigen Anpassungen in den Gesetzestexten vorgelegt werden.

25. *Vreni Grüter* und Mit. über die Entwicklung und Einführung von Instrumenten zur Anerkennung von Lernleistungen (Nr. 844). Eröffnet 17.2.03, erh. 23.6.03

Das Anliegen wird im neuen kantonalen Bereichsgesetz über die Berufs- und Weiterbildung berücksichtigt. Parallel dazu beteiligt sich der Kanton Luzern an einem Pilotprojekt der Zentralschweizer Kantone im Gesundheits- und Sozialbereich.

26. *Isabel Isenschmid* und Mit. über Leistungsmessungen an der Sekundarstufe I (Nr. 845). Eröffnet 17.2.03, erh. 23.6.03

Im Planungsbericht zur Schulentwicklung nach 2005 werden wir auch Ausführungen zur Beurteilung der Lernenden machen, da diese Frage im Vorhaben «Schule in Diskussion» ebenfalls breit diskutiert wurde.

27. *Odilo Abgottspion* und Mit. über den sofortigen Ausbau des Lehrstellenangebotes (Nr. 849). Eröffnet 17. 2. 03, erh. 23. 6. 03.

Mit dem Massnahmenpaket, welches der Regierungsrat im März 2003 beschlossen hat, wurde den Anliegen des Postulats entsprochen. Wir beantragen, das Postulat **abzuschreiben**.

28. *Erna Müller* und Mit. über Schulkreisbereinigung bei Gemeindefusionen (Nr. 873).

Eröffnet 1. 4. 03, teilw. erh. 23. 6. 03

Wir haben die Gemeinden nochmals über die rechtlichen Grundlagen der Schulkreise informiert. Auch bei Gemeindefusionen machen wir auf die Problematik im Rahmen der Projektarbeiten jeweils aufmerksam. Wir beantragen, das Postulat **abzuschreiben**.

## Finanzdepartement

### Motionen

1. *Paul Steiner* und Mit. über eine Revision des Finanzaushaltsgesetzes (Nr. 258). Eröffnet 3.12.1996, erh. 1. 7. 1997

Das durch verschiedene Teilrevisionen weiterentwickelte Finanzaushaltsgesetz bedarf einer grundsätzlichen Erneuerung. Es macht jedoch keinen Sinn, diese an die Hand zu nehmen, bevor nicht die wesentlichen finanziellen Weichenstellungen auf schweizerischer Ebene und aus der laufenden Totalrevision der Staatsverfassung feststehen. In jenem Projekt steht beim Finanzreferendum (§ 39<sup>bis</sup> Staatsverfassung) der Wechsel vom Brutto- zum Nettoprinzip zur Diskussion. Ferner sind die Schwellenwerte für das Finanzreferendum noch nicht beschlossen. Daher beabsichtigen wir – auch im Hinblick auf die knappen personellen Ressourcen – mit der konzeptionellen Arbeit für ein neues Finanzaushaltsgesetz zuzuwarten, bis die übergeordnete Rechtslage absehbar wird.

2. *Leo Müller* und Mit. über Sparmassnahmen im eigenen Bereich und im interkantonalen Bereich (Nr. 619). Eröffnet 23. 4. 02, erh. 28.10.02

Wir verfolgen nach wie vor die Ziele unseres Finanzleitbildes. Mit der Realisierung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA) wollen wir unser Steuerniveau schrittweise dem gesamtschweizerischen Mittel annähern. Wir berichten in einer separaten Darstellung zur Staatsrechnung 2003 über die Umsetzung dieser Motion mit Sparmassnahmen von 20 Millionen Franken gemäss überwiesenen Bemerkungen im IFAP 2004–2008. Mitte März 2004 wollen wir Ihnen die Botschaft zum «Sparpaket 2005» unterbreiten.

3. *Hans Peter Pfister* und Mit. über eine finanzwirksame Aufgabenreform (Nr. 738). Eröffnet 10. 9. 02, erh. 28.10.02

Wir verweisen auf unsere Ausführungen zur Motion Leo Müller und Mit. (Nr. 619). Wir haben die Überprüfung der Leistungsaufträge der Dienststellen im Sinn einer strategischen Aufgabenüberprüfung durchgeführt. Erste Resultate sind in den Voranschlag 2004 und den IFAP 2004–2008 eingeflossen.

4. *Beatrice Rölli* und Mit. über die Änderung der Pensionsordnungen für das Staatspersonal, die Lehrerschaft und die richterlichen Behörden (Nr. 355). Eröffnet 23. 6. 97, erh. 31. 3. 03

Seit 1. Januar 2000 ist die Verordnung über die Luzerner Pensionskasse (SRL Nr. 131) in Kraft, mit der die frühere Kantonale Pensionskasse und die Lehrerpensionskasse fusioniert wurden. Am 31. März 2003 hat Ihr Rat die neue Magistratenpensionsordnung (SRL Nr. 130) beschlossen, welche auf Beginn der neuen Legislatur am 1. Juli 2003 in Kraft trat. Damit sind die Anliegen der Motionäre erfüllt. Wir beantragen, die Motion **abzuschreiben**.

5. *Otto Elmiger* und Mit. über die Änderung der Pensionsordnung der Mitglieder der obersten Verwaltungs- und Gerichtsbehörden sowie des Staatsschreibers (Nr. 665). Eröffnet 28. 5. 02, erh. 31. 3. 03

Am 31. März 2003 hat Ihr Rat die neue Magistratenpensionsordnung (SRL Nr. 130) beschlossen, welche auf Beginn der neuen Legislatur am 1. Juli 2003 in Kraft trat. Damit sind die Anliegen der Motionäre erfüllt. Wir beantragen, die Motion **abzuschreiben**.

6. *Otto Elmiger* und Mit. über die Überwachung der Kapitalflüsse der kantonalen Verwaltung mit dem Bund, anderen Kantonen und den Gemeinden (Nr. 816). Eröffnet 21.1.03, erh. 1.4.03

Wir haben das Amt für Finanzdienstleistungen beauftragt, die grösseren Geldzuflüsse anhand der Staatsrechnung 2003 insbesondere hinsichtlich möglicher zeitlicher Beeinflussung zu analysieren.

Auf verspätete oder vorzeitige Zahlungen der Gemeinden an die Lehrerbesoldungen und die AHV-Beiträge sowie für die Schlussabrechnungen im Steuerbereich werden bereits heute Soll- und Habenzinsen berechnet. Nicht termingerechte Zahlungen führen deshalb weder für den Kanton noch für die Gemeinden zu Nachteilen.

Seit langem erfasst das Amt für Finanzdienstleistungen (früher die Finanzverwaltung) die bekannten Geldströme. Im Rahmen der SAP-Einführung wird das Treasury-Management noch ausgebaut. Im Sinn der Motion werden für die betragsmässig relevanten Kapitalflüsse geeignete Überwachungsmassnahmen erarbeitet, wobei die jeweils zuständige Dienststelle und das Departementscontrolling eingebunden werden müssen.

7. *Gaby Müller* namens der GB-Fraktion über ein Kantonsreferendum gegen das Steuerpaket des Bundes (Nr. 22). Eröffnet 23.6.03, erh. 8.9.03

Ihr Rat hat 2003 unseren Antrag auf Ergreifung des Kantonsreferendums gegen das Steuerpaket des Bundes (B 16 vom 3. Juli 2003) abgelehnt. Wir beantragen Ihnen, die Motion **abzuschreiben**.

8. *Marcel Roth* und Mit. über die Milderung der wirtschaftlichen Doppelbelastung bei der Einkommens- und Vermögenssteuer (Nr. 564). Eröffnet: 22.1.02, erh. 27.10.03

Wir werden das mit der Motion verfolgte Anliegen in die Botschaft über die Steuergesetzrevision 2005 einarbeiten. In diesem Sinn ist das Begehrn bereits im Bericht für die Vernehmlassung zur Teilrevision des Steuergesetzes vom 13. Januar 2004 berücksichtigt.

9. *Leo Müller* und Mit. über eine konkurrenzfähigere Besteuerung von Holding-, Domizil- und Verwaltungsgesellschaften (Nr. 744). Eröffnet 22.1.02, erh. 27.10.03

Wir werden das mit der Motion verfolgte Anliegen in die Botschaft über die Steuergesetzrevision 2005 einarbeiten. In diesem Sinn ist das Begehrn bereits im Bericht für die Vernehmlassung zur Teilrevision des Steuergesetzes vom 13. Januar 2004 berücksichtigt.

10. *Leo Müller* und Mit. über die Abschaffung der nachträglichen Vermögenssteuer (Nr. 450). Eröffnet 3.7.01, erh. 25.11.03

Wir werden das mit der Motion verfolgte Anliegen in die Botschaft über die Steuergesetzrevision 2005 einarbeiten. In diesem Sinn ist das Begehrn bereits im Bericht für die Vernehmlassung zur Teilrevision des Steuergesetzes vom 13. Januar 2004 berücksichtigt. Aus finanzpolitischen Gründen musste die Regierung die Abschaffung der nachträglichen Vermögenssteuer auf die nächste Steuergesetzrevision verschieben.

11. *Marcel Roth* und Mit. über die Anpassung der Vermögenssteuer an die Nachbarkantone (Nr. 565). Eröffnet 22.1.02, erh. 25.11.03

Ihr Rat hat einer Senkung des Steuerfusses um  $\frac{3}{20}$  Einheiten für 2003 und somit einer Reduktion der Vermögenssteuer zugestimmt. Weiter wirken sich die Motionen Marcel Roth (Nr. 564) und Leo Müller (Nr. 450) positiv auf die Entlastung der Vermögenssteuer aus. Weiter gehende Massnahmen sind in der Revision des Steuergesetzes per 2005 nicht vorgesehen. Wir werden das Ziel weiter verfolgen.

12. *Alois Hodel* und Mit. über die Milderung der Steuerbelastungen von einkommensschwachen Familien, Alleinstehenden, Jugendlichen und Rentnern (Nr. 618). Eröffnet 23.4.02, erh. 25.11.03

Wir werden das Anliegen der Motionäre in der Botschaft über die Steuergesetzrevision 2005 umsetzen und eine Tarifkorrektur vorschlagen. In diesem Sinn ist das Begehrn bereits im Bericht für die Vernehmlassung zur Teilrevision des Steuergesetzes vom 13. Januar 2004 berücksichtigt.

---

## Postulate

1. *Marcel Johann* und Mit. über die Straffung statistischer Erhebungen durch Bund und Kanton (Nr. 247). Eröffnet 2.12.1996, teilweise erh. 1.7.1997

Wir haben Ihnen in Aussicht gestellt, das teilweise erheblich erklärte Anliegen im Rahmen der geplanten Schaffung eines kantonalen Statistikgesetzes zu prüfen. Es geht um die Frage, ob Aufgaben des Amtes für Statistik an privatwirtschaftliche Institutionen

übertragen werden können oder ob das Amt für Statistik als selbstständige Körperschaft zu führen sei. Wir werden die Vernehmlassung zum Entwurf des Statistikgesetzes eröffnen und Ihrem Rat im Verlauf des Jahres 2004 eine entsprechende Botschaft unterbreiten. Der Gesetzesentwurf wird sich unter anderem mit der Organisation der kantonalen öffentlichen Statistik auseinander setzen.

2. *Prisca Birrer* und Mit. über eine stärkere steuerliche Entlastung von Steuerpflichtigen mit kleinem Einkommen durch eine Tarifanpassung im unteren Segment (Nr. 498). Eröffnet als Motion 22.10.01, erh. als Postulat 23.10.01

Wir werden Ihrem Rat mit der Botschaft zur Steuergesetzrevision 2005 eine neue Tarifstruktur vorlegen, welche eine markante steuerliche Entlastung von Steuerpflichtigen mit kleinem Einkommen vorsieht. In diesem Sinn ist das Begehr bereits im Bericht für die Vernehmlassung zur Teilrevision des Steuergesetzes vom 13. Januar 2004 berücksichtigt.

3. *Josef Huber* und Mit. über eine Anpassung der untersten Einkommenssteuertarife mit Wirkung auf die Steuern 2001 mit dem Zweck einer humaneren Besteuerung von Rentnerinnen und Rentnern (Nr. 502). Eröffnet als Motion 22.10.01, erh. als Postulat 23.10.01

Wir verweisen auf die Ausführungen zum Postulat Nr. 498 von Priska Birrer und Mit. Wir werden das Anliegen in die Steuergesetzrevision 2005 aufnehmen. Zwischenzeitlich haben wir Sofortmassnahmen im Bereich des Steuerlasses getroffen.

4. *Rico De Bona* und Mit. über die Anpassung des Steuergesetzes betreffend die Progression bei den unteren Einkommen (Nr. 428). Eröffnet 2.7.01, erh. 23.10.01

Wir werden Ihrem Rat mit der Botschaft zur Steuergesetzrevision 2005 eine neue Tarifstruktur vorlegen, welche eine markante steuerliche Entlastung von Steuerpflichtigen mit kleinem Einkommen vorsieht. In diesem Sinn ist das Begehr bereits im Bericht für die Vernehmlassung zur Teilrevision des Steuergesetzes vom 13. Januar 2004 berücksichtigt.

5. *Christoph Lengwiler* über Massnahmen zur Sicherstellung einer kostengünstigen Finanzierung der Luzerner Gemeinden (Nr. 177). Eröffnet 11.9.2000, teilweise erh. 20.11.01 (in Verbindung mit dem Justiz- und Sicherheitsdepartement)

Die Totalrevision des Gemeindegesetzes liegt Ihrem Rat zur Behandlung vor. In unserem Entwurf ist auch die Finanzaufsicht über die Gemeinden enthalten. Primär haben die Gemeinden selber dafür zu sorgen, dass sie die demokratischen, rechtsstaatlichen und finanziellen Bedingungen einhalten. Die Regierungsstatthalterin und der Regierungsstatthalter sollen die erste staatliche Aufsichtsinstanz sein, unser Rat die zweite. Falls sich zeigen wird, dass das Controlling der Gemeinden die von uns festgelegten finanziellen Mindestbedingungen nicht gewährleisten kann, werden die in unserem Entwurf zum Gemeindegesetz dargestellten aufsichtsrechtlichen Massnahmen eingeleitet. Welche finanziellen Rahmenbedingungen für die Gemeinden gelten sollen, wird im Detail in der Finanzhaushaltsverordnung der Gemeinden geregelt werden (Kennzahlensystem). Diese Verordnung, welche sich gegenwärtig im Vernehmlassungsverfahren befindet, soll gleichzeitig mit dem neuen Gemeindegesetz auf den 1. Januar 2005 in Kraft gesetzt werden. Die in der Verordnung enthaltenen Kennzahlen lehnen sich eng an eine wissenschaftliche Analyse der Universität Zürich und an das Rating-System der Banken an. Damit ist die Kreditwürdigkeit der Luzerner Gemeinden sichergestellt. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

6. *Otto Elmiger* und Mit. über den Verkauf von Wertschriften aus dem Portefeuille des Verwaltungsvermögens (Nr. 223). Eröffnet 24.10.2000, teilweise erh. 20.11.01

Wir erachten den Verkauf nicht mehr benötigter Beteiligungen an Unternehmen als Daueraufgabe. Wie in der Antwort auf das Postulat dargelegt, ist aber bei im Verwaltungsvermögen bilanzierten Wertschriften vorab eine Entwidmung und Umbuchung ins Finanzvermögen vorzunehmen. Diejenige Instanz, welche die Unternehmensbeteiligung beim Kauf der Wertschriften als Staatsaufgabe bezeichnet hat, muss feststellen, dass eine weitere Beteiligung des Staates aus heutiger Sicht nicht mehr notwendig erscheint. Nach erfolgter Umbuchung kann unser Rat den Verkauf vornehmen (vgl. Botschaft B 42 vom 22. Februar 2000 zum Verkauf der Aktien der Rottal Auto AG).

Die Abklärungen betreffend zusätzliche Veräußerungen von Aktien gestalten sich aufwändig. Die Interessenlage von Mitaktionären und möglichen Dritterwerbern ist aufgrund der wechselnden Marktsituation einem steten Wandel unterworfen. Bei der CKW-Beteiligung des Kantons Luzern besteht eine Preisbindung. Das Aktienpaket muss der CKW zuhanden der übrigen Aktionäre zum durchschnittlichen Handelspreis der

dem Verkauf vorangehenden vier Wochen angeboten werden. Es wird Sache Ihres Rates sein, die Entwidmung dieser Beteiligung zu beschliessen.

7. *Louis Schelbert* und Mit. über die Errichtung eines zentralen Steuerregisters innerhalb der kantonalen Verwaltung (Nr. 445). Eröffnet als Motion 3. 7. 01, teilweise erh. als Postulat 20.11.01

Das Projekt Datenpool hat in der Berichtsperiode Fortschritte erzielt. Seit Ende 2003 sind alle Gemeinden an der Datendrehscheibe angeschlossen. Heute können verschiedene regelmässige Meldungen elektronisch ausgetauscht werden. Eine Speicherung der Steuerdaten im Datenpool ist indes heute rechtlich noch nicht möglich. Die dazu notwendigen rechtlichen Grundlagen bereiten wir mit dem Entwurf für ein Informatikgesetz vor.

8. *Guerino Riva* und Mit. über ein Parkhaus Nord beim Kantonsspital Luzern (Nr. 530). Eröffnet als Motion 20.11.01, teil. erh. als Postulat 23. 4. 02

Der Bau der Parkierungsanlage an der Friedentalstrasse für das Spitalpersonal des Kantonsspitals Luzern wurde im Frühjahr 2003 begonnen. Seit Mitte 2003 ist die Anlage in Betrieb. Das Park-and-ride-Konzept haben wir im November 2003 verabschiedet. Das Areal des Kantonsspitals Luzern ist im Park-and-ride-Konzept nicht enthalten. Die Planung einer erweiterten Parkanlage auf dem Areal des Kantonsspitals Luzern ist somit nicht notwendig. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

9. *Marcel Roth* und Mit. über die Einführung einer Staats- und Fiskalquotenbremse im Kanton Luzern (Nr. 556). Eröffnet als Motion 21.1.02, teilweise erh. als Postulat 27. 5. 02

Im Sinn unseres Finanzleitbildes arbeiten wir konsequent an einer Senkung der Steuerbelastung im Kanton Luzern, einem Abbau der Verschuldung sowie einer Steigerung der Effizienz der Verwaltung. Bei einer konsequenten Umsetzung der Ziele des Finanzleitbildes werden die mit dem Postulat anvisierten Ergebnisse erreicht. Wir möchten vorläufig davon absehen, eine Staats- und Fiskalquotenbremse in die Verfassung oder in die Gesetzgebung einzubauen. Solche Mechanismen lassen sich nicht schlüssig definieren, weil die Parameter nicht genau messbar sind. Wie das Beispiel des Bundes (Schuldenbremse) zeigt, ist die Senkung von Fiskal-, Staats- und Verschuldungsquoten nicht mit mechanistischen Instrumenten in der Rechtsordnung erreichbar. Vielmehr wird sie durch politische Entscheide gesteuert. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

10. *Hans Peter Pfister* und Mit. über die Erfassung der kommunalen Belastungen im Bereich Strassen (Nr. 548). Eröffnet 21.11.01, teilweise erh. 2. 7. 02

Im Zusammenhang mit der Totalrevision des Finanzhaushaltrechts für die Gemeinden ist die Einführung einer Kostenrechnung für die Gemeinden vorgesehen. Dabei werden wir einheitliche Berechnungsfaktoren vorgeben. Der Entwurf für das neue Gemeindegesetz liegt Ihrem Rat vor. Gemäss unserer Planung kann das neue Finanzhaushaltrecht für die Gemeinden (Teil VI des Gemeindegesetzes) auf den 1. Januar 2005 in Kraft treten, wobei den Gemeinden für die Umstellung ihrer Finanzhaushaltführung auf die Kostenrechnung eine Übergangsfrist von vier Jahren eingeräumt werden soll. Die Kostenrechnung über die kommunalen Belastungen im Bereich Strassen wird somit erst 2009 flächendeckend zur Verfügung stehen.

11. *Hans Walther* und Mit. über die Einhaltung des Finanzleitbildes (Nr. 617). Eröffnet 23. 4. 02, erh. 1. 7. 02

Im Sinn des Postulats arbeiten wir konsequent an der Umsetzung unseres Finanzleitbildes. Mit der Behandlung des IFAP 2003–2007 in Ihrem Rat haben Sie die finanzpolitischen Schwerpunkte festgelegt: Bei den Investitionen, beim Selbstfinanzierungsgrad und beim Personalaufwand waren Korrekturen erforderlich. Im Zusammenhang mit dem IFAP 2004–2008 haben wir Ihnen die Resultate dieser Massnahmen unterbreitet. Ihr Rat hat am 27. Oktober 2003 den IFAP mit Ausnahme der Entwicklung der Gesamtverschuldung genehmigt. Auftragsgemäss setzen wir alles daran, das Entschuldungsziel gemäss Finanzleitbild prioritär einzuhalten. Dabei streben wir die Reduktion der Staatsschuld bis 2007 auf 900 Millionen Franken und bis 2009 auf 750 Millionen Franken an. Diese Aktualisierung des Finanzleitbildes haben wir bei der Vorstellung unseres Legislaturprogrammes bekannt gegeben. Ferner verfolgen wir das Ziel, die Steuerbelastung an den Durchschnitt der übrigen Kantone anzunähern. Mitte März 2004 wollen wir Ihnen die Botschaft zum «Sparpaket 2005» unterbreiten.

**12. Lotti Stadelmann** und Mit. über die Verwendung der ausserordentlichen Nationalbankgewinne im Kanton Luzern (Nr. 677). Eröffnet als Motion 24. 6. 02, teilweise erh. als Postulat 29.10.02

Die erwähnten 35 Millionen Franken waren in dem von Ihnen beschlossenen Voranschlag 2003 enthalten. Ab 2004 können wir aus dem Verkauf des nicht mehr für die Währungspolitik benötigten Goldes zusätzliche Erträge erwarten. Die Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank ist wie die allgemeinen Steuereinnahmen nicht für besondere Zwecke bestimmt. Ihr Rat legt im Rahmen seiner Kompetenzen in seinem alljährlichen Beschluss zum Voranschlag fest, für welche Aufgaben die Mittel verwendet werden sollen.

Die im Postulat erwähnten familienpolitischen Anliegen sollen anlässlich der nächsten Revisionen des Steuergesetzes (auf 2005 und voraussichtlich auf 2008) behandelt werden. Ihr Rat hat damit die Möglichkeit, über die Mittelverwendung im Rahmen der Budget-Beschlüsse und bei der Ausgestaltung des Steuerrechts zu entscheiden. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

**13. Odilo Abgottspion** über die Schaffung von gesetzlichen Grundlagen für die Abgeltung von zentralörtlichen Leistungen des Kantons Luzern (Nr. 703). Eröffnet 2. 7. 02, erh. 29.10.02

Die Rechtsgrundlagen für die Abgeltung von zentralörtlichen Leistungen sind in erster Linie im Bundesrecht zu schaffen. Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA) sieht solche Instrumente vor. Die Volksabstimmung über dieses Projekt wird voraussichtlich im September 2004 stattfinden. Das Inkrafttreten ist frühestens auf Anfang 2007 möglich.

Die Kantone möchten auf der Grundlage der NFA eine Rahmenvereinbarung (es handelt sich dabei um ein Konkordat) abschliessen. Wir werden diese Rahmenvereinbarung Ihrem Rat unterbreiten, sobald die notwendigen Grundlagen im Bundesrecht vorhanden sind. Wir erwarten, dass wir bereits vor Inkrafttreten der NFA in einzelnen Bereichen (u.a. Kultur) höhere Abgeltungen umliegender Kantone werden erhältlich machen können.

**14. Franz Wüst** und Mit. über die Behandlung steuerrelevanter Vorstösse (Nr. 615). Eröffnet 23. 4. 02, teilw. erh. 26.11.02.

Wir haben sämtliche offenen Vorstösse zu steuerpolitischen Themen beantwortet und Ihrem Rat vorgelegt. Die entsprechenden Aufträge und Resultate werden wir in die Botschaft über die Steuergesetzrevision auf 2005 einarbeiten. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auch auf den Bericht für die Vernehmlassung zur Teilrevision des Steuergesetzes vom 13. Januar 2004. Damit ist das Anliegen des Postulates erfüllt. Wir beantragen dessen **Abschreibung**.

**15. Albert Vitali** und Mit. über die Prüfung von andern Räumlichkeiten für das Amtsgericht und für das Regierungsstatthalteramt des Amtes Sursee (Nr. 663). Eröffnet 28. 5. 02, erh. 26.11.02

Das Amt für Hochbauten und Immobilien hat zusammen mit der Stadt Sursee, dem Justiz-, Gemeinde- und Kulturdepartement und dem Obergericht eine Standortevaluation vorgenommen und Mietverhandlungen für einen neuen Standort geführt. In die Abklärungen einbezogen haben wir auch die Räumlichkeiten des Grundbuchamtes Sursee. Das Amtsgericht wird gemäss Entscheid der Stadt Sursee neu in der Überbauung Therma untergebracht.

Mit der Departementsreform stellen sich verschiedene Standortfragen für organisatorisch zusammengefasste Dienststellen. Davon sind auch Verwaltungseinheiten am Standort Sursee betroffen. Im Sinn einer guten, gesamtheitlichen Lösung sind diese Fragen vor dem definitiven Standortentscheid für das Regierungsstatthalteramt des Amtes Sursee und für das Grundbuchamt Sursee zu klären.

**16. Cornelius Müller** und Mit. über die Errichtung/Ansiedlung einer Fachhochschule oder Hochschule oder einer grossen kantonalen Amtsstelle im Luzerner Seetal (Nr. 491). Eröffnet 11. 9. 01, teilw. erh. 20.1.03

Das Konzept für eine Konzentration der kantonalen Mittelschule Seetal am einzigen Standort Baldegg und die Nutzung der Anlage des ehemaligen Lehrerseminars Hitzkirch als Standort für die Polizeischule des Nordwestschweizer und des Zentralschweizer Polizeikonkordats sind auf gutem Weg. Für den Beitritt des Kantons Luzern zum Konkordat haben wir Ihrem Rat eine Botschaft vorgelegt. Parallel dazu haben auch die übrigen Konkordatskantone Vorbereitungen für die notwendigen Entscheide eingeleitet. Mit der Planung der Konzentration der kantonalen Mittelschule Seetal in Baldegg haben wir das Amt für Hochbauten und Immobilien beauftragt. Die entsprechenden Kauf-

und Baubotschaften werden wir Ihnen in der ersten Hälfte des Jahres 2004 zukommen lassen. Ebenfalls weit fortgeschritten sind die Verhandlungen mit der Gemeinde Hochdorf für die Übernahme der Gebäulichkeiten der Kantonsschule Hochdorf.

17. *Konrad Vogel* und Mit. über interkantonale Vergleiche der Löhne für das Personal im öffentlichen Dienst (Nr. 352). Eröffnet 27. 3. 01, erh. 21.1.03

Die im Postulat angesprochenen strukturellen Anpassungen haben wir im Rahmen der verfügbaren Mittel vorgenommen. Mit der Überarbeitung des Besoldungssystems für das Staatspersonal und dessen Einführung auf den 1. Januar 2003 verfügt der Kanton Luzern über ein modernes Besoldungssystem. Zudem ist auf Mitte 2005 die Überarbeitung des Besoldungssystems für Lehrpersonen vorgesehen. Die periodische Teilnahme an Lohnvergleichen zeigte bisher, dass der Kanton Luzern praktisch durchgehend marktkonforme Löhne zahlt, wenn auch bei den Maximallöhnen gewisse Abweichungen nach unten bestehen. Quervergleiche von einzelnen Funktionen sind mit der notwendigen Sorgfalt zu interpretieren, weil die Aufgaben, Anforderungen und Anstellungsbedingungen unterschiedlich sein können. Zudem sind bei Lohnvergleichen auch die teilweise stark differierenden regionalen Lohnstrukturen zu beachten. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

18. *Adrian Borgula* und Mit. über die Förderung der frühzeitigen öffentlichen Meinungsbildung im Projekt Neubau der Universität Luzern (Nr. 764). Eröffnet 29.10.02, erh. 27.1.03 (in Verbindung mit dem Bildungs- und Kulturdepartement).

Am 8. März 2004 hat Ihr Rat die Kommission Planungsbericht Universität Luzern gewählt. Die Kommission unterstützt unseren Rat in der Erarbeitung des Berichts. Wir werden im Planungsbericht unsere Absichten bezüglich des weiteren Vorgehens darstellen und die noch offenen Fragen beantworten. Insbesondere werden wir auch aufzeigen, mit welcher zeitlichen Verzögerung zu rechnen ist, wie der Betrieb der Universität in der Zwischenzeit sichergestellt werden kann und welche Kosten anfallen werden. Zum heutigen Zeitpunkt wären solche Aussagen nicht seriös. Ihr Rat hat dann die Möglichkeit, in Kenntnis aller bekannten Tatsachen zum Projekt Stellung zu beziehen. So kann Ihr Rat auf den weiteren Verlauf der Planung Einfluss nehmen, bevor weitere Entscheide fallen (Umzonung Stadt Luzern, Baubotschaft). Ihr Rat wird so nochmals zur Frage des Standortes Stellung nehmen können.

19. *Adrian Borgula* und Mit. über verbindliche energiesparende Normen für kantonale Gebäude (Nr. 628). Eröffnet als Motion 23. 4. 02, erh. als Postulat 17. 2. 03 (in Verbindung mit dem Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement).

Die Verschärfung der Wärmeschutzvorschriften soll per Mitte 2004 in Kraft treten. Damit können die Forderungen erfüllt werden. Die Werte bei kantonalen Bauten unterschreiten in der Regel 10-20 Prozent der Werte der Wärmeschutzvorschriften. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

20. *Hansruedi Bucheli* namens der WAK über eine vorgezogene Teilrevision des Steuergesetzes (Nr. 831). Eröffnet 27.1.03, erh. 1. 4. 03

Wir haben Ihnen bei der Beantwortung unsere Absicht mitgeteilt, Ihrem Rat zusammen mit dem Voranschlag 2004 und dem IFAP 2004–2008 ein Konzept für die Steuergesetzrevision vorzulegen. Diese Absicht haben wir umgesetzt. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auch auf den Bericht für die Vernehmlassung zur Teilrevision des Steuergesetzes vom 13. Januar 2004. Damit ist das Anliegen erfüllt. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

21. *Hans Peter Pfister* und Mit. über einen finanzpolitisch verantwortbaren Universitätsneubau (Nr. 833). Eröffnet 17. 2. 03, erh. 1. 4. 03 (in Verbindung mit dem Bildungs- und Kulturdepartement)

Wir verweisen auf die Ausführungen zum Postulat von Adrian Borgula (Nr. 764).

22. *Ida Glanzmann* und Mit. über die Aufhebung der Alterslimite für vom Volk gewählte Personen im Personalgesetz des Kantons Luzern (Nr. 763). Eröffnet als Motion 29.10.02, teilw. erh. als Postulat 23. 6. 03

Mit Änderung des § 5 Absatz 3 der Personalverordnung (in Kraft getreten am 1. Januar 2004) ist die Bestimmung zur Alterslimite des Personalgesetzes (§ 22 Personalgesetz) für die Kommissionsmitglieder nicht mehr anwendbar. Das Anliegen der Postulanten ist mit der Verordnungsänderung erfüllt. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

23. *Guido Graf* und Mit. über Sofortmassnahmen im Zusammenhang mit dem neuen Gesetz über den Finanzausgleich (Nr. 790). Eröffnet 26.11.02, teilw. erh. 23. 6. 03

Wir sehen vor, Ihnen aufgrund der Erfahrungen der ersten zwei Jahre seit Inkrafttreten des neuen kantonalen Finanzausgleichsgesetzes im Jahr 2005 einen Wirkungsbericht zu unterbreiten. Ihr Rat wird uns aufgrund dieses Berichtes gegebenenfalls Aufträge zur Anpassung des Finanzausgleichsgesetzes auf das Jahr 2007 erteilen können. Eine sofortige Änderung des Systems, bevor die Finanzausgleichsmassnahmen überhaupt voll greifen, ist nicht angebracht.

24. *Felix Müri* und Mit. über die Überprüfung der Leistungsaufträge in der kantonalen Verwaltung (Nr. 822). Eröffnet 27.1.03, erh. 24. 6. 03

Wir verweisen auf unsere Ausführungen zu den Motionen Nr. 738 von Hans Peter Pfister und Mit. über eine finanzwirksame Aufgabenreform und Nr. 619 von Leo Müller und Mit. über Sparmassnahmen im eigenen und im interkantonalen Bereich.

Mitte März 2004 wollen wir Ihnen die Botschaft zum «Sparpaket 2005» unterbreiten. Das Sparziel können wir nur durch Leistungsverzicht erreichen. In diesem Sinn überprüfen wir die bestehenden Leistungsaufträge.

25. *Peter Brunner* und Mit. über eine steuerliche Entlastung von Einzelfirmen und Personengesellschaften (Nr. 472). Eröffnet 10. 9. 01, teilw. erh. 27.10. 03

Die einzelnen Forderungen im Vorstoss decken sich weitgehend mit der Unternehmenssteuerreform II, welche beim Bund in Vorbereitung ist. Diese wird voraussichtlich im Jahr 2007 in Kraft treten. Wir beabsichtigen, die Forderungen der Postulanten im kantonalen Anschlussgesetz zum Bundesgesetz zu prüfen. Die Milderung der wirtschaftlichen Doppelbelastung wollen wir bereits mit der Steuergesetzrevision 2005 umsetzen. Wir verweisen auf den Bericht für die Vernehmlassung zur Teilrevision des Steuergesetzes vom 13. Januar 2004.

26. *Hans Aregger* und Mit. über eine attraktive Steuerbelastung juristischer Personen im Kanton Luzern (Nr. 412). Eröffnet 25.6.01, erh. 27.10. 03

Wir werden den Anliegen der Postulanten in der Botschaft zur Teilrevision des Steuergesetzes auf 2005 Rechnung tragen. Für Kapitalgesellschaften mit grosser Kapitalisierung sehen wir eine Reduktion des Satzes für die Kapitalsteuer vor. Die Kapitalsteuer für Holding-, Domizil- und Verwaltungsgesellschaften beabsichtigen wir so weit zu senken, dass wir im schweizerischen Vergleich einen Spaltenplatz einnehmen werden. In diesem Sinn ist das Anliegen bereits im Bericht für die Vernehmlassung zur Teilrevision des Steuergesetzes vom 13. Januar 2004 berücksichtigt.

27. *Leo Müller* und Mit. über die Neugestaltung von heute strukturhemmenden Steuern (Nr. 269). Eröffnet als Motion 21.11. 2000, erh. als Postulat 28.10. 03

Die im Postulat formulierten Forderungen decken sich weitgehend mit der Unternehmenssteuerreform II des Bundes. Diese wird voraussichtlich im Jahre 2007 in Kraft treten. Wir werden die Forderungen bei der Ausarbeitung des kantonalen Anschlussgesetzes berücksichtigen.

28. *Ruedi Amrein* und Mit. über die steuerliche Bewertung von nicht landwirtschaftlich genutzten Ökonomiegebäuden in der Landwirtschaftszone (Nr. 456). Eröffnet 10. 9. 03, erh. 27.10. 03 (in Verbindung mit dem Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement)

Die Eidgenössischen Räte haben am 20. Juni 2003 Änderungen des Bundesgesetzes über das bäuerliche Bodenrecht (BGBB) beschlossen, die entsprechenden Ausführungsbestimmungen hingegen fehlen noch. Sobald diese vorliegen, werden wir überprüfen, inwieweit das Schatzungsgesetz angepasst werden soll.

29. *Konrad Graber* über attraktive Familienbesteuerung (Nr. 361). Eröffnet 7. 5. 01, erh. 25.11.03

Vorausgesetzt, dass das Steuerpaket 2001 des Bundes anlässlich des Urnengangs im Mai 2004 angenommen wird, tritt das Paket auf 1. Januar 2005 in Kraft. Gemäss IFAP 2004–2008 werden wir Ihrem Rat eine Botschaft über den zweiten Teil der Steuergesetzrevision auf 2007 vorlegen, welche das Anschlussgesetz im Bereich der Familienbesteuerung enthalten wird.

30. *Christoph Lengwiler* und Mit. über die unverzügliche Übernahme der Bundeslösung bei der Familienbesteuerung ins Luzerner Steuergesetz (Nr. 185). Eröffnet als Motion 12. 9. 2000, erh. als Postulat 25.11.03

Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die Ausführungen zum Postulat von Konrad Graber (Nr. 361).

31. *Hansruedi Bucheli* und Mit. über die Einführung des Voll-Splitting-Modells mit einer Teilrevision des Steuergesetzes (Nr. 196). Eröffnet als Motion 23.10.2000, erh. als Postulat 25.11.03

Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die Ausführungen zum Postulat von Konrad Graber (Nr. 361).

32. *Alois Hodel* und Mit. über die Änderung von § 57 Absatz 2 des Steuergesetzes (Familientarif) (Nr. 635). Eröffnet als Motion 23. 4. 02, erh. als Postulat 25.11.03

Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die Ausführungen zum Postulat Konrad Graber (Nr. 361).

33. *Prisca Birrer* und Mit. über die Steuerbefreiung des Existenzminimums (Nr. 785). Eröffnet als Motion 26.11.03, erh. als Postulat 25.11.03

Das Steuerpaket 2001 des Bundes wird eine Änderung des Bundesgesetzes vom 14. Dezember 1990 über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden (StHG) enthalten, wonach das Existenzminimum jeder steuerpflichtigen Person steuerfrei sein soll. Die Umsetzung wird den Kantonen überlassen. Wir werden Ihrem Rat eine Botschaft zur Teilrevision des Steuergesetzes auf 2005 vorlegen, welche die steuerliche Belastung kleiner Einkommen durch eine Tarifänderung wesentlich reduziert. In diesem Sinn ist das Anliegen bereits im Bericht für die Vernehmlassung zur Teilrevision des Steuergesetzes vom 13. Januar 2004 berücksichtigt.

34. *Peter Lerch* und Mit. über die Anpassung der Steuerprogression (Nr. 787). Eröffnet als Motion 26.11.02, teilw. erh. als Postulat 25.11.03

Wir werden Ihrem Rat eine Botschaft zur Teilrevision des Steuergesetzes auf 2005 vorlegen, welche die steuerliche Belastung kleiner Einkommen durch eine Tarifänderung wesentlich reduziert. In diesem Sinn ist das Anliegen bereits im Bericht für die Vernehmlassung zur Teilrevision des Steuergesetzes vom 13. Januar 2004 berücksichtigt.

35. *Christoph Lengwiler* über die Anpassung von § 2 Absatz 3 des Steuergesetzes (Nr. 788). Eröffnet als Motion 26.11.02, erh. als Postulat 25.11.03

Wir werden das Postulat bis zum November 2004 zusammen mit der FDP-Initiative zum gleichen Thema in einer Botschaft behandeln.

36. *Odilo Abgottsporn* und Mit. über eine Änderung des Steuergesetzes (Nr. 494). Eröffnet als Motion 22.10.01, erh. als Postulat 25.11.03

Die Abzugsfähigkeit der Krankenkassenprämien wird im Steuerpaket 2001 des Bundes neu geregelt. Das kantonale Anschlussgesetz im Bereich der Familienbesteuerung sehen wir grundsätzlich auf 2007 vor. Eine Änderung im von den Postulanten geforderten Bereich werden wir Ihrem Rat aber bereits mit der Botschaft zur Steuergesetzrevision 2005 unterbreiten. In diesem Sinn ist das Anliegen auch im Bericht für die Vernehmlassung zur Teilrevision des Steuergesetzes vom 13. Januar 2004 berücksichtigt.

37. *Margret Müller* und Mit. über die steuerliche Abzugsberechtigung der Löhne im Familienhaushalt (Nr. 236). Eröffnet als Motion 24.10.2000, erh. als Postulat 25.11.03

Vorausgesetzt, dass das Steuerpaket 2001 des Bundes anlässlich des Urnengangs im Mai 2004 angenommen wird, tritt das Paket auf 1. Januar 2005 in Kraft. Gemäss IFAP 2004–2008 werden wir Ihrem Rat eine Botschaft über den zweiten Teil der Steuergesetzrevision per 2007 vorlegen, welche das Anschlussgesetz im Bereich der Familienbesteuerung enthalten wird.

38. *Josef Fischer* und Mit. über die Indikatoren bei den Leistungsaufträgen (Nr. 26). Eröffnet 24. 6. 03, erh. 25.11.03

Die flächendeckende WOV-Einführung muss Ende 2005 abgeschlossen sein. Entsprechend werden wir den Indikator Kundenzufriedenheit grundsätzlich und soweit sinnvoll bei allen Dienststellen auf den Voranschlag 2006 einführen.

## Gesundheits- und Sozialdepartement

### Motionen

1. Anita von Arx namens der Spitalkommission über eine Dislokation des Hygienisch-mikrobiologischen Instituts des Kantonsspitals Luzern (Nr. 733). Eröffnet 24.10.94, erh. 12.9.95  
Die Vorlage ist abgeschlossen. Wir beantragen, die Motion **abzuschreiben**.
2. Hans Lustenberger namens der GPK über die Änderung der §§ 4 und 63 des Gesetzes über das Gesundheitswesen (Nr. 607). Eröffnet 23.11.98, erh. 24.11.98  
Wir werden das Anliegen im Rahmen der Totalrevision des Gesundheitsgesetzes prüfen.
3. Marcel Johann namens der GASK über eine Verankerung der Praktikumsplätze im Gesundheitsgesetz (Nr. 111). Eröffnet 28.3.2000, erh. 8.5.2000  
Wir werden das Anliegen im Rahmen der Totalrevision des Gesundheitsgesetzes prüfen. Dabei ist auch die neue Bildungssystematik zu berücksichtigen.
4. Hans Lustenberger und Mit. über das Leistungsangebot im Gesundheitswesen des Kantons Luzern (Nr. 270). Eröffnet 21.11.2000, erh. 2.7.01  
Wie schon in unserer Antwort vom 13. März 2001 ausgeführt, erachten wir die Forderungen als Daueraufgabe und bereits weitgehend erfüllt. Die einzelnen Anliegen werden in der laufenden Planung Gesundheitsversorgung (Spitalplanung) eingehend geprüft.
5. Eva Zihlmann und Mit. über einen Planungsbericht für eine kantonale Spitalplanung (Nr. 359). Eröffnet 27.3.01, erh. 20.11.01  
Eine Planung wurde bereits in Auftrag gegeben.
6. Beatrice Grüter und Mit. über die Revision des Schulzahnpflegegesetzes (Nr. 399). Eröffnet 25.6.01, erh. 5.3.02 (in Verbindung mit dem Bildungsdepartement)  
Wir beabsichtigen, die Regelung der Schulzahnpflege ins revidierte Gesundheitsgesetz zu überführen.
7. Hans Lustenberger und Mit. über eine Änderung des Gesetzes über die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (Nr. 52). Eröffnet 8.9.03, erh. 9.9.03  
Am 26. September 2003 haben wir die Botschaft B 24 mit einem Entwurf zur Änderung des Gesetzes über die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV im Sinn der Motion verabschiedet. Wir beantragen Ihnen, die Motion **abzuschreiben**.

### Postulate

1. Ruedi Ott und Mit. über die Errichtung einer Kinder- und Jugendpsychiatrischen Beobachtungs- und Therapiestation (KJPBT) (Nr. 159). Eröffnet 18.6.96, teilw. erh. 2.12.97 (in Verbindung mit dem Bildungsdepartement)  
Dem Anliegen wird mit der im September 2002 neu eröffneten psychiatrischen Jugendtherapiestation weitgehend entsprochen. Für kinderpsychiatrische Anliegen wurde das Angebot punktuell verbessert. Ein Projekt für eine kinderpsychiatrische Therapiestation musste mangels finanziellen Mitteln sistiert werden.
2. Franz Mattmann und Mit. über eine Änderung des Gesundheitsgesetzes (Publikation der Bewilligung zur Berufsausübung als Medizinalperson) (Nr. 584). Eröffnet als Motion 8.9.98, erh. als Postulat 21.6.99  
Wir werden das Anliegen im Rahmen der Totalrevision des Gesundheitsgesetzes prüfen.
3. Albert Vitali und Mit. über die Änderung von § 20 des Prämienverbilligungsgesetzes (Nr. 616). Eröffnet als Motion 24.11.98, erh. als Postulat 14.9.99  
Wir prüfen das Anliegen dieses Postulats im Rahmen der eingeleiteten Revision des Prämienverbilligungsgesetzes.
4. Vreni Moser und Mit. über die Änderung des Prämienverbilligungsgesetzes (Nr. 14). Eröffnet als Motion 22.6.99, erh. als Postulat 14.9.99  
Wir prüfen das Anliegen dieses Postulats im Rahmen der eingeleiteten Revision des Prämienverbilligungsgesetzes.

5. *Albert Vitali* und Mit. über eine Strukturanalyse über die Aufgaben und die Kostenaufteilung im Sozialbereich (Nr. 540). Eröffnet als Motion 12. 5. 98, erh. als Postulat 26. 10. 99

Im Zusammenhang mit dem Projekt Gemeindereform 2000+, Aufgabenreform, befasst sich der Untersuchungsbereich 3 (Projekt Soziales und gesellschaftliche Integration) mit der Aufgabenzuteilung zwischen dem Kanton und den Gemeinden.

6. *Vreni Moser* und Mit. über die Festschreibung eines Familienartikels in der neuen Verfassung des Kantons Luzern (Nr. 15). Eröffnet als Motion 22. 6. 99, erh. als Postulat 26. 10. 99 (in Verbindung mit dem Justiz-, Gemeinde- und Kulturdepartement) Das Anliegen soll im Rahmen der Revision der Staatsverfassung behandelt werden.

7. *Rico De Bona* über die Prüfung eines degressiven Modells bei der Anspruchsberichtigung der Prämienverbilligung (Nr. 75). Eröffnet 17.1.2000, teilw. erh. 9. 5. 2000

Wir werden das Anliegen dieses Postulats bei der eingeleiteten Revision des Prämienverbilligungsgesetzes überprüfen.

8. *Gerhard Klein* und Mit. über die Führung einer detaillierten Kostenrechnung für die ambulante Medizin in allen kantonalen Spitäler (Nr. 258). Eröffnet 21.11.2000, erh. 2. 7. 01

In der Beantwortung haben wir aufgezeigt, dass es derzeit genügen muss, wenn der ambulante Ertrag anstelle des nicht gerechneten Aufwandes angenommen wird. Das Ziel, auch für die ambulant erbrachten Leistungen eine detaillierte Kostenrechnung einzuführen, gilt aber nach wie vor. Schweizweit wird zurzeit im Projekt REKOLE (Revision der Kosten- und Leistungsrechnung) an einem gesamtschweizerischen Standard für die Kosten- und Erlösrechnung gearbeitet. Die Zentralschweizer Spitäler sind in diesem Projekt vertreten.

9. *Vreni Moser* und Mit. über die Errichtung einer Fachstelle für Familienfragen (Nr. 349). Eröffnet 27. 3. 01, erh. 11. 9. 01

Die ins Kantonale Sozialamt integrierte Stelle hat ihre Tätigkeit am 1. November 2003 aufgenommen. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

10. *Margrit Steinhauser* und Mit. über ein Zentrum für eine geriatrische Kurzzeitrehabilitation (Nr. 285). Eröffnet als Motion 15.1.01, erh. als Postulat 22.1.02

Im Zusammenhang mit dem Bundesratsentscheid betreffend Luzerner Spitalliste hat eine Arbeitsgruppe ein Grobkonzept für die Rehabilitation im Kanton Luzern erstellt. Die Ergebnisse fliessen nun in die laufende Pflegeheimplanung und die laufende Planung der Gesundheitsversorgung (Spitalplanung) ein. Die Anliegen des Postulats werden im Rahmen dieser Planungen eingehend geprüft.

11. *Elisabeth Schubiger* und Mit. über die Erarbeitung eines umfassenden Massnahmenkonzepts zu jetzigen und zukünftigen Bedürfnissen der älteren Generation im Bereich von Medizin und Pflege (Nr. 299). Eröffnet als Motion 16.1.01, erh. als Postulat 28.1.02

Im Zusammenhang mit dem Bundesratsentscheid betreffend Luzerner Spitalliste hat eine Arbeitsgruppe ein Grobkonzept für die Rehabilitation im Kanton Luzern erstellt. Das Konzept fliessst nun in die laufende Pflegeheimplanung und die laufende Planung der Gesundheitsversorgung (Spitalplanung) ein. Die Anliegen des Postulats werden im Rahmen dieser Planungen eingehend geprüft.

12. *Marlise Stöckli* und Mit. über den Übertritt vom Akutspital ins Pflegeheim (Nr. 400). Eröffnet 25. 6. 01, erh. 22.1.02

Im Jahr 2002 hat das Gesundheits- und Sozialdepartement in einer Arbeitsgruppe kurzfristige Massnahmen zusammen mit der Stadt, Agglomeration, dem Sozialvorsteherverband Kanton Luzern, der Luzerner Altersheimleiterkonferenz und den öffentlichen Spitäler und Kliniken erörtert. Nachhaltig wirksame Massnahmen werden im Rahmen der laufenden Pflegeheimplanung und der laufenden Planung Gesundheitsversorgung (Spitalplanung) geprüft.

13. *Eva Zihlmann* und Mit. über einen Wechsel beim Antragssystem für den Bezug von Prämienverbilligungen (Nr. 442). Eröffnet als Motion 3. 7. 01, erh. als Postulat 5. 3. 02

Wir werden das Anliegen dieses Postulats bei der eingeleiteten Revision des Prämienverbilligungsgesetzes überprüfen.

*14. Ruth Fuchs* und Mit. über die Errichtung von stationären kinder- und jugendpsychiatrischen Einrichtungen (Nr. 398). Eröffnet 25. 6. 01, erh. 27. 5. 02

Im letzten Jahr konnte die jugendpsychiatrische Therapiestation in Kriens ihren Betrieb aufnehmen. Ein Projekt für eine kinderpsychiatrische Therapiestation musste mangels finanziellen Mitteln sistiert werden.

*15. Rosa Rumi* und Mit. über den Verzicht auf die Festlegung eines Eingabetermine für den Antrag auf Prämienverbilligung (Nr. 443). Eröffnet 3. 7. 01, erh. 27. 5. 02

Wir werden das Anliegen dieses Postulats bei der eingeleiteten Revision des Prämienverbilligungsgesetzes überprüfen.

*16. Bernadette Schaller* und Mit. über die Aufnahme eines Artikels über die palliative Medizin, Pflege und Begleitung im neuen Gesundheitsgesetz (Nr. 538). Eröffnet als Motion 21.11. 01, erh. als Postulat 28. 5. 02

Das Anliegen wird im Zusammenhang mit der Totalrevision des Gesundheitsgesetzes geprüft.

*17. Ruedi Schmidiger* und Mit. über die Verordnung über den Geschäftskreis des Sanitätsrates und des Kantonsarztes (Nr. 357). Eröffnet als Motion 27. 3. 01, teilw. erh. als Postulat 1. 7. 02

Wir werden das Anliegen im Rahmen der Totalrevision des Gesundheitsgesetzes prüfen.

*18. Marcel Johann* und Mit. über die Einführung einer Kostenstellen-, Kostenarten- und Kostenträgerrechnung in den öffentlichen Spitälern des Kantons Luzern (Nr. 393). Eröffnet als Motion 25. 6. 01, erh. als Postulat 1. 7. 02

Entsprechend der Bundesverordnung über die Kostenermittlung und Leistungserfassung in den Pflegeheimen und Spitäler in der Krankenversicherung (VKL) sind die Spitäler und Kliniken an deren Umsetzung. Die öffentlichen Spitäler des Kantons Luzern verfügen im schweizerischen Vergleich bereits heute über eine gute Kostenrechnung. Schweizweit wird zurzeit im Projekt REKOLE (Revision der Kosten- und Leistungsrechnung) an einem gesamtschweizerischen Standard für die Kosten- und Erlösrechnung gearbeitet. Die Zentralschweizer Spitäler sind in diesem Projekt vertreten.

*19. Lotti Stadelmann* und Mit. über die familienergänzenden Betreuungseinrichtungen für Kinder im Schul- und Vorschulalter (Nr. 376). Eröffnet als Motion 8. 5. 01, erh. als Postulat 26.11.02

Die familienergänzende Kinderbetreuung ist im Teilprojekt der Gemeindereform 2000+, Aufgabenreform: Umsetzungsbereich «Soziales und gesellschaftliche Integration» aufgenommen und wird dort bearbeitet. Im Anschluss daran werden wir überprüfen, ob neue gesetzliche Bestimmungen zu erlassen seien.

*20. Herbert Widmer* und Mit. über ein modernes Konzept für den Sanitätsnotruf und den Rettungsdienst des Kantons Luzern (Nr. 417). Eröffnet als Motion 26. 6. 01, erh. als Postulat 26.11.02

Die Anliegen des Postulats werden im Rahmen der Planung Gesundheitsversorgung (Spitalplanung) eingehend geprüft.

*21. Bernhard Achermann* namens der JSK über die Organisation der IV-Stelle Luzern (Nr. 589). Eröffnet 4. 3. 02, teilw. erh. 26.11.02

Seit der Überweisung des Postulats wurde das Entscheidverfahren bei der Eidgenössischen Invalidenversicherung grundsätzlich geändert. Mit Einführung des Gesetzes über den allgemeinen Teil Sozialversicherung ATSG auf den 1. Januar 2003 wurde anstelle des Vorbescheidverfahrens das Einspracheverfahren eingeführt. Damit hat sich die IV-Stelle auch als erste Instanz mit den Einsprachen auseinander zu setzen und entsprechende Einspracheverfügungen zu erlassen. Diese neuen Aufgaben werden ausschliesslich durch den juristischen Fachdienst der IV-Stelle (Gewalttrennung) bewältigt. Mit dem Systemwechsel und dem Wegfall des Vorbescheidverfahrens resultiert gesamtschweizerisch eine Verdoppelung der Einsprachen im Vergleich zum Jahre 2002. Bezogen auf den Kanton Luzern stieg die Zahl von 305 auf 750 Einsprachen. Daher erfolgte eine Vervierfachung des Personalbestandes im juristischen Fachdienst von 140 auf 560 Stellenprozent. Im Oktober 2003 wurde die Tätigkeit der IV-Stelle Luzern durch das Bundesamt für Sozialversicherung revidiert und die aktuelle Praxis bestätigt. Wir beantragen Ihnen daher, das Postulat **abzuschreiben**.

22. *Ida Glanzmann* und Mit. über die Auslastung, die Erreichbarkeit und wenn nötig einen Ausbau der Schwangerschaftsberatungsstelle (Nr. 669). Eröffnet 24. 2. 02, erh. 27. 1. 03

Die Erreichbarkeit der Schwangerenberatungsstelle konnte durch interne Massnahmen stark verbessert werden. Das eigentliche Beratungsangebot ist derzeit gemessen an den Anfragen genügend. Das Präventionsangebot jedoch ist sehr gering. Eine Überprüfung der Strukturen der ELBE durch eine Arbeitsgruppe unter der Federführung des Kantonsärztlichen Dienstes ist noch im Gang.

23. *Damian Meier* und Mit. über die Konsequenzen für die Schwangerschaftsberatungsstelle nach Annahme der Fristenregelung (Nr. 670). Eröffnet 24. 6. 02, erh. 27. 1. 03

Die Erreichbarkeit der Schwangerenberatungsstelle konnte durch interne Massnahmen stark verbessert werden. Das eigentliche Beratungsangebot ist derzeit gemessen an den Anfragen genügend. Das Präventionsangebot jedoch ist sehr gering. Eine Überprüfung der Strukturen der ELBE durch eine Arbeitsgruppe unter der Federführung des Kantonsärztlichen Dienstes ist noch in Bearbeitung.

24. *Hans Lustenberger* und Mit. über eine Änderung des Gesetzes über die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (Nr. 747). Eröffnet als Motion 10. 9. 02, erh. als Postulat 27. 1. 03

Am 26. September 2003 haben wir die Botschaft B 24 mit einem Entwurf zur Änderung des Gesetzes über die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV im Sinne des Postulats und der Motion Hans Lustenberger und Mit. über eine Änderung des Gesetzes über die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (M52) verabschiedet. Wir beantragen Ihnen, das Postulat **abzuschreiben**.

25. *Herbert Widmer* und Mit. über ein zukunftsgerichtetes Konzept im Bereich der Sozialausgaben (Nr. 392). Eröffnet 25. 6. 01, erh. 23. 6. 03

Die im Postulat geforderte Sozialstatistik wird durch das Bundesamt für Statistik geführt. Eine vollständige Datenerfassung für den ganzen Kanton wurde erstmalig im Jahre 2003 durchgeführt. Für die Entwicklung der Soziallasten verweisen wir auf den IFAP. Was die Bundesausgaben betrifft muss festgestellt werden, dass sich diese in den nächsten Jahren in Verbindung mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben (NFA) sehr unterschiedlich entwickeln werden. Wir bearbeiten diese Frage im Grossprojekt Gemeindereform 2000+. Konkrete Massnahmen können erst eingeleitet werden, wenn die genauen Folgen bekannt sind.

26. *Rosa Rumi* und Mit. über die Öffnung des Zugangs für Gemeindeverwaltungen zur Datenbank der Ausgleichskasse (Nr. 444). Eröffnet 3. 7. 01, erh. 23. 6. 03

Nachdem im Dezember 2003 die KVG-Revision in den eidgenössischen Räten gescheitert ist, hat die mit der Revision des Prämienverbilligungsgesetzes betraute Arbeitsgruppe ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Sie befasst sich auch mit der Frage der Optimierung des Datenflusses.

27. *Daniela Kiener* und Mit. über ein kantonales Familienleitbild (Nr. 708). Eröffnet als Motion 2. 7. 02, erh. als Postulat 23. 6. 03

Die ins Kantonale Sozialamt integrierte Stelle für Familienfragen, die ihre Tätigkeit am 1. November 2003 aufgenommen hat, wurde beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Kantonalen Kommission für Familienfragen einen Entwurf für ein familienpolitisches Leitbild für den Kanton Luzern zu erarbeiten.

28. *Esther Schönberger* und Mit. über die Verankerung der Spitex-Hilfe und Spitex-Pflege im neuen Gesundheitsgesetz (Nr. 739). Eröffnet als Motion 10. 9. 02, erh. als Postulat 24. 6. 03

Wir werden das Anliegen im Zusammenhang mit der Totalrevision des Gesundheitsgesetzes prüfen.

29. *Gaby Müller* und Mit. über die Aufgabenteilung von Kanton und Gemeinden in der Sozialpolitik (Nr. 827). Eröffnet 27. 1. 03, erh. 23. 6. 03

Das Teilprojekt Soziales und gesellschaftliche Integration des Reformpakets Gemeindereform 2000+ ist noch nicht abgeschlossen. Die Anliegen des Postulats werden dort geteilt.

30. *Elisabeth Schubiger* und Mit. über eine umgehende Auslösung weiterer Planungsschritte für das Kinderspital Luzern und die Aufnahme des Projekts «Erweiterung Kinderspital» (mit Investitionskosten) in den IFAP 2004 bis 2008 (Nr. 874). Eröffnet 1. 4. 03, teilw. erh. 9. 9. 03 (in Verbindung mit dem Finanzdepartement)

Obschon die Zentralschweizer Kantone die Dienstleistungen des Kinderspitals heute und auch in Zukunft sehr schätzen, wurde eine gemeinsame Trägerschaft für ein Zentralschweizer Kinderspital abgelehnt. Im Kanton Luzern stehen zurzeit grössere Bauvorhaben in verschiedenen Departementen an. Eine Priorisierung muss spätestens im Rahmen des IFAP 2005 bis 2009 auch im Bereich der Hochbauten im Detail vorgenommen werden. Mit der Durchführung der dringendsten Sofortmassnahmen, mit geschätzten Kosten von 5,35 Millionen Franken, zur Erhaltung der betrieblichen und baulichen Sicherheit für die nächsten 10 Jahre, wurde das Amt für Hochbau und Immobilien beauftragt.

## Justiz- und Sicherheitsdepartement

### Motionen

1. *Anita von Arx* und Mit. über ein Konzept für eine verstärkte regionale und interkantonale Zusammenarbeit (Nr. 391). Eröffnet 16. 9. 97, teilw. erh. 29. 6. 98 (in Verbindung mit dem Finanzdepartement)

Den verlangten Planungsbericht haben wir Ihnen mit Botschaft B 163 vom 21. Februar 2003 unterbreitet. Mit Beschluss vom 23. Juni 2003 hat Ihr Rat vom Planungsbericht mit verschiedenen Bemerkungen Kenntnis genommen (vgl. Kantonsblatt Nr. 26 vom 28. Juni 2003, S. 1699 f.). Wir beantragen, den Vorstoss **abzuschreiben**.

2. *Adrian Borgula* und Mit. über einen Planungsbericht über Projekte interkantonaler Zusammenarbeit (Nr. 392). Eröffnet 16. 9. 97, teilw. erh. 29. 6. 98 (in Verbindung mit dem Finanzdepartement )

Der Vorstoss betrifft dasselbe Thema wie die Motion Nr. 391, Anita von Arx und Mit. Wir verweisen auf die dortigen Ausführungen und beantragen, den Vorstoss **abzuschreiben**.

3. *Marcel Johann* und Mit. über die Revision von § 1 Absatz 2 des Ruhetags- und Landeschlussgesetzes/Anpassung an neue Angebotsformen und Kundenbedürfnisse (Nr. 200). Eröffnet 23.10.2000, teilw. erh. 27. 3. 01

Wir haben Ihnen mit der Botschaft B 6 vom 20. Mai 2003 die entsprechende Gesetzesänderung vorgeschlagen. Wir beantragen Ihnen, den Vorstoss **abzuschreiben**.

4. *Walter Häcki* und Mit. über die Einführung eines Vermummungsverbots (Nr. 268). Eröffnet 21.11.2000, erh. 11. 9. 01

Wir haben Ihnen mit der Botschaft B 14 vom 18. Juni 2003 die entsprechende Gesetzesänderung vorgeschlagen. Wir beantragen Ihnen, den Vorstoss **abzuschreiben**.

5. *Martin Müller* und Mit. über die Streichung von § 24 des Gesetzes über das Arbeitsgericht (Nr. 465). Eröffnet 10. 9. 01, erh. 22.1.02

Ihr Rat hat am 16. Juni 2003 die entsprechende Änderung des Gesetzes über das Arbeitsgericht beschlossen (Neuordnung der anwaltlichen Vertretung vor dem Arbeitsgericht). Die neue Regelung ist seit dem 1. Oktober 2003 in Kraft. Wir beantragen, den Vorstoss **abzuschreiben**.

6. *Gaby Müller* und Mit. über eine rechtliche Grundlage für registrierte Partnerschaften von homosexuellen Paaren (Nr. 486). Eröffnet 11. 9. 01, teilw. erh. 5. 3. 02

Das Begehrn zielt darauf ab, eine Botschaft für ein Gesetz über die rechtliche Besserstellung gleichgeschlechtlicher Paare auszuarbeiten. Der Bundesrat hat am 29. November 2002 die Botschaft zum Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare verabschiedet und den eidgenössischen Räten zugeleitet. Der Nationalrat hat am 2. respektive 3. Dezember 2003 die Vorlage beraten. Auf den Zeitpunkt des Inkrafttretns des Bundesgesetzes hin werden wir Anpassungen im luzernischen Recht vornehmen, soweit dann auf kantonaler Ebene überhaupt noch Anpassungs- und Ergänzungsbedarf besteht.

7. *Beat Ineichen* und Mit. über eine Änderung des Gemeindegesetzes im Zusammenhang mit allfälligen Fusionen (Nr. 686). Eröffnet 25. 6. 02, teilw. erh. 26. 11. 02

Ihr Rat hat am 16. Juni 2003 das Gesetz über die Amts dauer von Behörden und weite-

ren Organen bei der Vereinigung oder Teilung von Einwohnergemeinden beschlossen. Das Gesetz trat am 1. Januar 2004 in Kraft. Wir beantragen, den Vorstoss **abzuschreiben**.

8. Peter Brunner und Mit. über einen Planungsbericht zur interkantonalen Zusammenarbeit (Nr. 554). Eröffnet 21.1.02, erh. 1.4.03 (in Verbindung mit dem Finanzdepartement)

Der Vorstoss betrifft dasselbe Thema wie die Motion Nr. 391, Anita von Arx und Mit. Wir verweisen auf die dortigen Ausführungen und beantragen die **Abschreibung** des Vorstosses.

9. Räto Camenisch namens der Geschäftsleitung über eine Vergrösserung der Planungs- und Finanzkommission des Grossen Rates (Nr. 8). Eröffnet 16.6.03, erh. 23.6.03 (in Verbindung mit der Staatskanzlei)

Ihr Rat hat am 28. Oktober 2003 die Vergrösserung der Planungs- und Finanzkommission auf 17 Mitglieder gestützt auf unsere Botschaft B 19 vom 19. August 2003 beschlossen. Die Änderung der Geschäftsordnung für den Grossen Rat trat am 1. November 2003 in Kraft. Wir beantragen, den Vorstoss **abzuschreiben**.

10. Guido Graf namens der CVP-Fraktion und Albert Vitali namens der FDP-Fraktion über eine Standesinitiative im Sinn einer allgemeinen Anregung zur Anpassung der gesetzlichen Grundlagen auf Bundesebene betreffend Einbürgerung (Nr. 54). Eröffnet 8.9.03, erh. 9.9.03

Wir haben Ihnen die Botschaft B 37 vom 27. Januar 2004 zur Standesinitiative zuge stellt. Wir beantragen, den Vorstoss **abzuschreiben**.

---

## Postulate

1. Hans-Peter Widmer und Mit. über eine Änderung der Staatsverfassung (aktives und passives Wahlrecht für niedergelassene Ausländer und Ausländerinnen (Nr. 187). Eröffnet als Motion 19.4.88, erh. als Postulat 23.10.90

Die Frage des Ausländerstimmrechts wird zurzeit im Rahmen der Verfassungsarbeiten intensiv diskutiert.

2. Martin Ulrich und Mit. über die Errichtung der Institution eines Ombudsmanns für den Kanton Luzern (Nr. 552). Eröffnet 20.3.90, erh. 11.3.91

Wir haben dieses Anliegen der Verfassungskommission zur weiteren Bearbeitung übertragen.

3. Peter Germann und Mit. über die Änderung des Gesetzes über die Rechtsstellung der obersten Verwaltungs- und Gerichtsbehörden vom 17. November 1970 (Behördengesetz) (Nr. 623). Eröffnet 2.7.90, erh. 11.3.91

Auch dieses Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.

4. Alois Graf und Mit. über die Änderung des Gebäudeversicherungsgesetzes (Nr. 406). Eröffnet als Motion 26.6.89, erh. als Postulat 12.12.94

Das Anliegen ist bekannt. Da gesamtschweizerisch kein Handlungsbedarf vorhanden ist, eine Koordination mit den andern Kantonen aber sinnvoll ist, wird bei uns das Thema nicht vordringlich behandelt.

5. Kuno Kälin und Mit. über die Änderung von § 45 Absatz 1 der Staatsverfassung (Verteilung der Grossratsmandate) (Nr. 743). Eröffnet als Motion 25.10.94, teilw. erh. als Postulat 12.9.95

Auch dieses Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.

6. Beatrice Stadler und Mit. über die Schaffung eines Vorschlagsrechts für die Gemeinden (Gemeindemotion) (Nr. 9). Eröffnet als Motion 27.6.95, erh. als Postulat 12.9.95

Auch dieses Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.

7. Louis Schelbert und Mit. über die Schaffung einer neuen politischen Regionalstruktur (Nr. 54). Eröffnet als Motion 24.10.95, erh. als Postulat 28.11.95

Auch dieses Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.

8. *Rudolf Amrein* (Malters) über eine Änderung der Gebührenregelung (Nr. 32). Eröffnet als Motion 23.10.95, erh. als Postulat 3.12.96

Im Staatsverwaltungsbericht 2000/01 haben wir beantragt, den Vorstoss abzuschreiben. Sie haben diesen Antrag abgelehnt. Das Anliegen hat nicht erste Priorität, weshalb es im letzten Jahr nicht weiterbearbeitet wurde.

9. *Heidy Lang* und Mit. über eine Änderung von § 23 Grundbuchgesetz (Nr. 135). Eröffnet als Motion 20.5.96, erh. als Postulat 3.12.96

Die eidgenössischen Räte haben das Fusionsgesetz am 3. Oktober 2003 beschlossen. Das Gesetz tritt voraussichtlich am 1. Juli 2004 in Kraft. Wir werden auf diesen Zeitpunkt hin prüfen, inwieweit Änderungen kantonaler Erlasse erforderlich sind und die entsprechenden Beschlüsse fällen oder in die Wege leiten.

10. *Alex Bruckert* und Mit. über verkraftbare Grundbuchgebühren (Nr. 139). Eröffnet als Motion 21.5.96, erh. als Postulat 3.12.96

Wir verweisen auf die Ausführungen unter Ziffer 9.

11. *Martin Schällebaum* und Mit. über einen Rechenschaftsbericht zur Kosten- und Qualitätskontrolle an den kantonalen Rechtsinstanzen (Nr. 127). Eröffnet als Motion 25.3.96, erh. als Postulat 13.5.97 (in Verbindung mit dem Finanzdepartement)

Das Projekt LOG ist noch nicht abgeschlossen, weshalb wir Ihnen auch noch keine Lösungsvorschläge unterbreiten können.

12. *Odilo Abgottspont* und Mit. über die parlamentarische Mitwirkung bei der interkantonalen Zusammenlegung von Amtsstellen (Nr. 483). Eröffnet als Motion 26.1.98, erh. als Postulat 29.6.98

Der Vorstoss betrifft dasselbe Thema wie die Motion Nr. 391, Anita von Arx und Mit. Wir verweisen auf die dortigen Ausführungen und beantragen, den Vorstoss **abzuschreiben**.

13. *Adrian Borgula* und Mit. über die zukünftige Ausgestaltung der interkantonalen Zusammenarbeit (Nr. 572). Eröffnet als Motion 30.6.98, erh. als Postulat 1.2.99 (in Verbindung mit dem Finanzdepartement)

Auch dieser Vorstoss betrifft dasselbe Thema wie die Motion Nr. 391, Anita von Arx und Mit. Wir verweisen auf die dortigen Ausführungen und beantragen, den Vorstoss **abzuschreiben**.

14. *Christoph Lengwiler* und Mit. über den Verzicht auf Doppelwahl bei chargierten Mitgliedern von Gemeindebehörden (Nr. 182). Eröffnet als Motion 16.9.96, teilw. erh. als Postulat 22.3.99

Wir haben Ihnen mit der Botschaft B 27 vom 14. Oktober 2003 den Entwurf eines neuen Gemeindegesetzes zugeleitet. Der Entwurf behandelt auch das Thema des Postulats. Wir beantragen, den Vorstoss **abzuschreiben**.

15. *Rosie Bitterli Mucha* und Mit. über umfassende Information der Bürgerinnen und Bürger des Kantons Luzern (Nr. 143). Eröffnet als Motion 21.5.96, erh. als Postulat 26.10.99

Auch dieses Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.

16. *Rosie Bitterli Mucha* und Mit. über eine Konkretisierung von § 96 der Staatsverfassung bei deren Totalrevision (Nr. 144). Eröffnet als Motion 21.5.96, erh. als Postulat 26.10.99

Auch dieses Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.

17. *Rosie Bitterli Mucha* und Mit. über die Schaffung eines konstruktiven Referendums (Nr. 145). Eröffnet als Motion 21.5.96, erh. als Postulat 26.10.99

Auch dieses Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.

18. *Marianne Kneubühler* und Mit. über eine Verlängerung der Amtsdauer der Behörden im Kanton Luzern (Nr. 635). Eröffnet als Motion 26.1.99, erh. als Postulat 26.10.99

Auch dieses Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.

19. *Hans Frank und Mit.* über die Bildung einer interparlamentarischen Kommission der Kantone der Zentralschweiz (Nr. 636). Eröffnet als Motion 26.1.99, erh. als Postulat 26.10.99

Auch dieses Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.

20. *Hans Frank und Mit.* über eine Neueinteilung der Wahlkreise (Nr. 670). Eröffnet 23.3.99, erh. 26.10.99

Auch dieses Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.

21. *Louis Schelbert und Mit.* über mehr Mitsprache des Parlaments bei interkantonalen Konkordaten (Nr. 36). Eröffnet als Motion 14.9.99, erh. als Postulat 9.5.2000

Der Vorstoss steht im Zusammenhang mit der Motion Nr. 391, Anita von Arx und Mit. Ihr Rat hat vom Planungsbericht über die interkantonale Zusammenarbeit mit verschiedenen Bemerkungen Kenntnis genommen. Im Planungsbericht haben wir Ihnen einen Vorschlag für den besseren Einbezug des Parlaments bei Konkordaten skizziert. Wir werden uns bemühen, Ihnen die entsprechende Vorlage innert Jahresfrist zur Beratung zu unterbreiten.

22. *Vreni Moser und Mit.* über eine gesetzliche Grundlage für regionale Zusammenarbeit in der neuen Staatsverfassung (Nr. 100). Eröffnet als Motion 15.2.2000, erh. als Postulat 6.6.2000

Auch dieses Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.

23. *Josef Schärli* über eine Änderung des Stimmrechtsgesetzes (Nr. 140). Eröffnet als Motion 9.5.2000, erh. als Postulat 4.7.2000

Wir haben Ihnen mit der Botschaft B 27 vom 14. Oktober 2003 den Entwurf eines neuen Gemeindegesetzes unterbreitet. Der Entwurf behandelt auch das Thema des Postulats. Wir beantragen, den Vorstoss **abzuschreiben**.

24. *Rico De Bona und Mit.* über die Überprüfung des Wahlsystems für Gemeinderäten/Gemeinderäte gemäss § 92 des Stimmrechtsgesetzes (Nr. 144). Eröffnet als Motion 9.5.2000, erh. als Postulat 4.7.2000

Wir haben Ihnen mit der Botschaft B 27 vom 14. Oktober 2003 den Entwurf eines neuen Gemeindegesetzes unterbreitet. Der Entwurf behandelt auch das Thema des Postulats. Wir beantragen, den Vorstoss **abzuschreiben**.

25. *Louis Schelbert* über den Vollzug der flankierenden Massnahmen zur Personenfrei-  
zügigkeit (Nr. 103). Eröffnet als Motion 27.3.2000, erh. als Postulat 12.9.2000

Die flankierenden Massnahmen zur Personenfrei-  
zügigkeit müssen bis Mitte 2004 umgesetzt sein. Das Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement ist daran, die Meldestelle zu bezeichnen, die tripartite Kommission einzusetzen und die Inspektoren zu bestimmen.

26. *Rico De Bona und Mit.* über die Schaffung von Rechtsgrundlagen für die Teilnahme an kantonalen Wahlen und Abstimmungen per Internet (Nr. 136). Eröffnet 8.5.2000, erh. 12.9.2000

An unserer Haltung hat sich nichts geändert. Insbesondere sind die hängigen Fragen auf Bundesebene noch nicht geklärt.

27. *Louis Schelbert und Mit.* über die Ausweitung der Wahlkompetenzen des Grossen Rates (Nr. 247). Eröffnet als Motion 21.11.2000, erh. als Postulat 8.5.01

Auch dieses Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.

28. *Adrian Borgula und Mit.* über den Umgang mit gefährlichen Hunden (Nr. 246). Eröffnet als Motion 21.11.2000, teilw. erh. als Postulat 11.9.01 (in Verbindung mit dem Gesundheits- und Sozialdepartement)

Der Bund hat den Entwurf der geänderten Tierseuchenverordnung zu Beginn des Jahres 2004 in Vernehmlassung gegeben. Sobald die Bestimmungen erlassen sind, werden wir die Auswirkungen auf die kantonale Gesetzgebung prüfen (v.a. System der Registrierung; Chip).

29. *Marcel Johann* und Mit. über Massnahmen im Zusammenhang mit der Zucht, dem Handel und der Haltung von gefährlichen Hunden und so genannten Kampfhunden und dem damit verbundenen Schutz der Bevölkerung (Nr. 267). Eröffnet 21.11.2000, teilw. erh. 11.9.01 (in Verbindung mit dem Gesundheits- und Sozialdepartement)

Der Bund hat den Entwurf der geänderten Tierseuchenverordnung zu Beginn des Jahres 2004 in Vernehmlassung gegeben. Sobald die Bestimmungen erlassen sind, werden wir die Auswirkungen auf die kantonale Gesetzgebung prüfen (v.a. System der Registrierung; Chip).

30. *Gaby Müller* und Mit. über die Vernehmlassung des Kantons Luzern für eine schweizerische Strafprozessordnung und eine schweizerische Zivilprozessordnung (Nr. 375). Eröffnet 8.5.01, erh. 5.3.02

Wir haben uns im Vernehmlassungsverfahren sowohl für eine einheitliche schweizerische Strafprozessordnung wie auch für die Schaffung einer einheitlichen schweizerischen Zivilprozessordnung ausgesprochen. Wir beantragen, den Vorstoss **abzuschreiben**.

31. *Karl M. Ronner* und Mit. über die Änderung von § 32 Ziffer 2 des Gebäudeversicherungsgesetzes (Nr. 387). Eröffnet als Motion 8.5.01, erh. als Postulat 5.3.02

Wie das Postulat umgesetzt werden kann, wird im Jahr 2004 geprüft. Wir werden sie spätestens mit dem Staatsverwaltungsbericht 2004 über die Lösung informieren.

32. *Ida Glanzmann* und Mit. über die Überprüfung der Erreichbarkeit der Polizei und der Sicherheit der Bevölkerung (Nr. 464). Eröffnet 10.9.01, erh. 27.5.02

Nachdem die Umsetzung der zweiten Erhöhung des Polizeibestandes gefährdet ist, ist auch die Umsetzung des Vorstosses gefährdet.

33. *Felix Müri* und Mit. über die Einführung der Amtsenthebung (Nr. 577). Eröffnet als Motion 28.1.02, erh. als Postulat 28.5.02

Das Anliegen des Vorstosses haben wir der Verfassungskommission weitergeleitet, die es in die Diskussion um die Verfassungsrevision aufnehmen wird.

34. *Karl M. Ronner* und Mit. über den Amtsantritt von Grossratspräsidium und Schulteiss (Nr. 662). Eröffnet 28.5.02, erh. 29.10.02

Auch dieses Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.

35. *Marianne Kneubühler* und Mit. über eine Änderung des Gemeindegesetzes im Bereich Organisation und Verfahren bei der Rechnungskommission (Nr. 638). Eröffnet als Motion 23.4.02, erh. als Postulat 26.11.02

Wir haben Ihnen mit der Botschaft B 27 vom 14. Oktober 2003 den Entwurf eines neuen Gemeindegesetzes zugeleitet. Der Entwurf behandelt auch das Thema des Postulats. Wir beantragen, den Vorstoss **abzuschreiben**.

36. *Beatrice Grüter* namens der AKK über die Umsetzung der Departementsreform (Nr. 778). Eröffnet 25.11.02, erh. 26.11.02

Das Anliegen des Vorstosses zielt darauf ab, im Rahmen der laufenden zweiten Phase der Departementsreform die Zusammenlegung von Dienststellen mit einer ähnlichen Thematik zu prüfen. Spätestens bis 31. Dezember 2004 wird diese Reformphase abgeschlossen sein.

37. *Gaby Müller* und Mit. über die Offenlegung von Interessenbindungen von Ersatzrichterinnen und Ersatzrichtern (Nr. 475). Eröffnet als Motion 11.9.01, erh. als Postulat 20.1.03

Wir haben bis jetzt noch keine Zeit gefunden, das Anliegen umzusetzen.

38. *Anton Kunz* und Mit. über die Unvereinbarkeit der Mitglieder des Grossen Rates (Nr. 704). Eröffnet als Motion 2.7.02, erh. als Postulat 20.1.03

Auch dieses Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.

39. *Gerhard Klein* und Mit. über eine Änderung von § 40 Absatz 1 der Staatsverfassung Volksreferendum) (Nr. 776). Eröffnet als Motion 25.11.02, erh. als Postulat 21.1.03

Auch dieses Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.

40. *Ruth Keller* und Mit. über die häusliche Gewalt (Nr. 793). Eröffnet 26.11.02, erh. 21.1.03

Wir haben Ihnen mit der Botschaft B 12 vom 13. Juni 2003 die entsprechende Gesetzesänderung vorgeschlagen. Wir beantragen Ihnen, den Vorstoss **abzuschreiben**.

41. *Louis Schelbert* und Mit. über die Einführung des Öffentlichkeitsprinzips bei der kantonalen Verwaltung (Nr. 782). Eröffnet als Motion 25.11.02, erh. als Postulat 17.2.03

Auch dieses Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.

42. *Ernst Blaser* und Mit. über eine härtere Gangart gegen Drogendealer und Kriminelle auch in der Agglomeration (Nr. 797). Eröffnet 26.11.02, erh. 17.2.03

Das Anliegen des Vorstosses ist eine Daueraufgabe. Es soll – ob in der Stadt oder in der Agglomeration – weiterhin mit Nachdruck behandelt werden. Ob dies aber aufgrund des Personalbestandes weiterhin möglich sein wird, ist fraglich.

43. *Walter Stucki* namens der SPK über die mittelfristig zu erzielende Einsparung bei den Personalkosten im Rahmen der laufenden Strukturreform (Nr. 836). Eröffnet 17.2.03, erh. 17.2.03

Das Anliegen des Vorstosses zielt darauf ab, dass im Zusammenhang mit der Departementsreform bis zum Ende der Legislatur 2003–2007 Einsparungen von jährlich mindestens fünf Millionen Franken beim Personalaufwand anzustreben sind. Die Arbeiten an der Departementsreform laufen noch. Einiges ist bereits realisiert, anderes muss noch umgesetzt werden. Spätestens bis 31. Dezember 2004 muss die zweite Reformphase abgeschlossen sein und es wird sich dann Gelegenheit bieten, eine erste Bilanz zu ziehen.

44. *Christoph Lengwiler* und Mit. über die Harmonisierung von Gesetzen mit den Zentralschweizer Kantonen (Nr. 118). Eröffnet als Motion 28.3.00, erh. als Postulat 1.4.03

Das Anliegen des Postulats ist eine Daueraufgabe. Wir beantragen Ihnen, den Vorstoss **abzuschreiben**, ohne aber das Ziel aus den Augen zu verlieren.

45. *Ruedi Amrein* und Mit. über die Beteiligung des Kantons an Pilotprojekten mit den Gemeinden, zum Beispiel im Bildungsbereich (Nr. 427). Eröffnet 2.7.01, erh. 1.4.03 (in Verbindung mit dem Bildungs- und Kulturdepartement)

Pilotprojekte werden – soweit möglich – wie bisher vom Kanton begleitet und unterstützt. Die Unterstützung erfolgt meist über die fachliche Begleitung. Dies soll auch weiterhin so gehandhabt werden. Wir beantragen Ihnen, den Vorstoss **abzuschreiben**.

46. *Odilo Abgottspö* über die Schaffung von parlamentarisch-demokratischen Strukturen und Institutionen in der Region Zentralschweiz (Nr. 430) Eröffnet als Motion 2.7.01, erh. als Postulat 1.4.03

Auch dieses Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.

47. *Albert Vitali* und Mit. über die Anpassung der Weisungen für das Bürgerrechtswesen (Nr. 597). Eröffnet 5.3.02, erh. 1.4.03

Die Anpassung der Weisungen ist in Bearbeitung. Bis spätestens Ende des Jahres soll dies bereinigt sein.

48. *Michael Egli* und Mit. über Gemeindefusionen (Nr. 830). Eröffnet 27.1.03, erh. 23.6.03

Wie in der Beantwortung bereits ausgeführt, ist das Anliegen anerkannt und gleichzeitig erfüllt. Wir beantragen Ihnen, den Vorstoss **abzuschreiben**.

49. *Rico De Bona* und Mit. über die Revision des Datenschutzgesetzes (Nr. 869). Eröffnet als Motion 1.4.03, erh. als Postulat 23.6.03

Der Vorstoss zielt darauf ab, einen optimalen Datenaustausch unter den Behörden und innerhalb der Verwaltung sicherzustellen. Auch hier handelt es sich um eine Daueraufgabe, nämlich um die periodische Überprüfung und Optimierung der gesetzlichen Grundlagen, damit die Staatsaufgaben wirkungsvoll und effizient erfüllt werden können. Wir beantragen Ihnen den Vorstoss **abzuschreiben**, ohne aber das Anliegen aus den Augen zu verlieren.

50. *Ruedy Scheidegger* und Mit. über eine Standesinitiative des Kantons Luzern im Asylwesen (Nr. 792). Eröffnet als Motion 26.11.02, erh. als Postulat 24. 6. 03

Den Vertretern der Bundesbehörden sind unsere Anliegen umfassend dargestellt worden. Wir beantragen Ihnen, den Vorstoss **abzuschreiben**.

51. *Ruth Keller* und Mit. über den Familiennachzug von Ausländerinnen und Ausländern aus Nicht-EU-Staaten (Nr. 794). Eröffnet 26.11.02, erh. 24. 6. 03

Der Familiennachzug für Kinder ist im Sinn des Vorstosses geregelt. Wir sind daran, bei den andern Kantonen die Praxis, innert welcher ein Gesuch eingereicht werden muss, zu überprüfen und danach unsere Praxis allenfalls anzupassen.

52. *Rico De Bona* und Mit. über das Aufzeigen der personellen und finanziellen Folgen für die Gemeinden bei der Erheblicherklärung von Vorstössen (Nr. 848). Eröffnet 17. 2. 03, erh. 25. 11. 03 (in Verbindung mit dem Finanzdepartement)

Wir haben Ihnen zugesichert, dass wir bei der Beantwortung der Vorstösse auch die finanziellen und personellen Folgen unserer Anträge für die Gemeinden bekannt geben werden, soweit mit einem vertretbaren Aufwand verlässliche Aussagen gemacht werden können. Die dafür erforderlichen rechtlichen Grundlagen sind vorhanden. Auch hier handelt es sich um eine Daueraufgabe, weshalb wir Ihnen die **Abschreibung** des Vorstosses beantragen, ohne aber das Ziel aus den Augen zu verlieren.